

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

70. Sitzung

Bonn, Freitag, den 4. Mai 1984

Inhalt:

Aktuelle Stunde betr. neuere Entwicklung in der Tarifaueinandersetzung der Druck- und Metallindustrie

Kleinert (Marburg) GRÜNE	4976 D
Dr. Lammert CDU/CSU	4977 D
Lutz SPD	4978 D
Dr. Blüm, Bundesminister BMA	4979 D
Cronenberg (Arnsberg) FDP	4980 C
Rappe (Hildesheim) SPD	4981 B
Keller CDU/CSU	4982 A
Dreßler SPD	4983 A
Dr. Graf Lambsdorff, Bundesminister BMWi	4983 D
Roth SPD	4985 C
Dr. Lippold CDU/CSU	4986 A
Hoss GRÜNE	4987 A
Grünbeck FDP	4987 D
Frau Fuchs (Köln) SPD	4988 D
Kolb CDU/CSU	4989 C
Vizepräsident Stücklen	4990 C

Fragestunde

— Drucksache 10/1367 vom 27. April 1984 —

Auswirkungen der EGKS-Produktions- und Warenbegleitscheine auf den mittelständischen Stahlhandel

MdIAnfr 23 27.04.84 Drs 10/1367

Beckmann FDP

Antw PStSchr Dr. Sprung BMWi 4973 B

Hans-Ulrich Rudel als Leitbild für die Traditionspflege in der Bundeswehr; Äuße-

rung des Oberstleutnant Held dazu in einer Wahlbroschüre

MdIAnfr 24, 25 27.04.84 Drs 10/1367

Krizsan GRÜNE

Antw PStSchr Würzbach BMVg 4974 A

ZusFr Krizsan GRÜNE 4974 B

Prüfung der Truppenverpflegung durch einen unabhängigen Tester

MdIAnfr 26 27.04.84 Drs 10/1367

Pfuhl SPD

Antw PStSchr Würzbach BMVg 4974 B

ZusFr Pfuhl SPD 4974 C

ZusFr Krizsan GRÜNE 4974 D

Manöver zur Übung von Air-Land-Battle-Konzeptionen durch US-Truppeneinheiten auf bundesdeutschem Gebiet

MdIAnfr 28, 29 27.04.84 Drs 10/1367

Dr. Scheer SPD

Antw PStSchr Würzbach BMVg 4975 A

ZusFr Dr. Scheer SPD 4975 A

ZusFr Krizsan GRÜNE 4975 D

Einbeziehung der Dieselfahrzeuge bei einer Verschärfung der Bestimmungen für Autoabgase, insbesondere hinsichtlich der Stickoxid-Emissionen

MdIAnfr 35, 36 27.04.84 Drs 10/1367

Dr. Ehmke (Ettlingen) GRÜNE

Antw PStSchr Spranger BMI 4976 A

ZusFr Dr. Ehmke (Ettlingen) GRÜNE 4976 A

ZusFr Krizsan GRÜNE 4976 C

Nächste Sitzung 4990 D

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten . . . 4991* A

Anlage 2

Amtliche Mitteilungen 4991* C

Anlage 3

Anwendung des Fernsprechnahtarifs bei Telefonaten zur zuständigen Kreisstadt zum Nahtarif, insbesondere im Raum Wittingen

MdlAnfr 8 27.04.84 Drs 10/1367

Nelle CDU/CSU

SchrAntw PStSchr Rawe BMP 4993* C

Anlage 4

Entsendung militärischer Berater der DDR nach Kambodscha sowie Waffenlieferungen nach Vietnam

MdlAnfr 27 27.04.84 Drs 10/1367

Dr. Hupka CDU/CSU

SchrAntw PStSchr Würzbach BMVg . . . 4994* A

Anlage 5

Zahl der einsetzbaren sowjetischen atomaren Sprengköpfe 1968 und 1984

MdlAnfr 30 27.04.84 Drs 10/1367

Lowack CDU/CSU

SchrAntw PStSchr Würzbach BMVg . . . 4994* B

Anlage 6

Abbau des Antragsstaus für Sportförderungsmittel im Zonenrandgebiet

MdlAnfr 37 27.04.84 Drs 10/1367

Stiegler SPD

SchrAntw PStSchr Spranger BMI . . . 4994* C

Anlage 7

Widersprüchliche Aussagen des Bundeskanzlers und des Staatssekretärs Spranger über den Abbau der Grenzkontrollen in der EG

MdlAnfr 38 27.04.84 Drs 10/1367

Antretter SPD

SchrAntw PStSchr Spranger BMI . . . 4994* C

(A)

(C)

70. Sitzung

Bonn, den 4. Mai 1984

Beginn: 8.00 Uhr

Vizepräsident Stücklen: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten ein in die

Fragestunde

— Drucksache 10/1367 —

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft auf. Zur Beantwortung der Fragen steht uns Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Sprung zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 21 des Herrn Abgeordneten Schily auf. Der Herr Abgeordnete ist nicht im Saal. Es wird wie in der Geschäftsordnung vorgesehen verfahren.

(B) Das gilt auch für die Frage 22 des Herrn Abgeordneten Schily.

Ich rufe die Frage 23 des Herrn Abgeordneten Beckmann auf:

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Einführung einer Produktionsbescheinigung und eines Begleitscheins für Lieferungen bestimmter Eisen- und Stahlerzeugnisse bei den Unternehmen der Stahlindustrie und des Stahlhandels (vgl. Entscheidung Nr. 3717/83 EGKS der Kommission vom 23. Dezember 1983) sich auf den mittelständischen Stahlhandel dahin gehend ausgewirkt hat, daß eine ganze Anzahl von solchen Unternehmen den Handel im europäischen Bereich sehr stark einschränken mußte bzw. daß dem Handel teilweise sogar die Basis entzogen wurde, und wie beurteilt sie diese Situation?

Bitte schön.

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Kollege Beckmann, der Bundesregierung sind unmittelbar nach **Einführung einer Produktionsbescheinigung und eines Warenbegleitscheins für Lieferungen von Eisen- und Stahlerzeugnissen** nach der Entscheidung Nr. 3717/83/EGKS der Kommission vom 23. Dezember 1983 Klagen von Stahlhandelsunternehmen darüber vorgetragen worden, daß die erwähnte Entscheidung die Handelsaktivitäten dieser Unternehmen behindere.

Es hat sich dabei wohl um Anlaufschwierigkeiten gehandelt, die bei der Einführung neuer administrativer Vorschriften nicht völlig ausgeschlossen werden können.

Die meisten der der Bundesregierung bekanntgewordenen Beschwerden waren darauf gerichtet,

daß die Stahlerzeuger die für den Stahlhandel bei Lieferungen in andere EG-Länder erforderlichen Produktionsbescheinigungen nicht ausstellten. Die Bundesregierung und die Kommission der EG haben die Stahlunternehmen nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Hersteller verpflichtet sind, die notwendigen Bescheinigungen auszustellen.

Diese mit der Anwendung der erwähnten Entscheidung anfänglich aufgetretenen Schwierigkeiten sind mittlerweile überwunden. Die Bundesregierung wird die Entwicklung jedoch sorgfältig beobachten und eventuellen konkreten Klagen aus dem Stahlhandel nachgehen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Regelungen der Kommission administrative Belastungen nicht nur für Stahlhersteller, sondern auch für den Stahlhandel mit sich bringen. Angesichts der nach wie vor sehr schwierigen Lage auf dem europäischen Stahlmarkt gibt es jedoch keine Alternative für die vom Rat der EG beschlossenen Maßnahmen. Dies wird auch von Stahlhandel nicht bestritten.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Beratungen über den Entwurf der Entscheidung 3717/83 in enger und kontinuierlicher Abstimmung mit den Stahlhandelsverbänden, die auch die Interessen des mittelständischen Stahlhandels vertreten, erfolgt sind. Diese haben in Kontakten sowohl mit der Kommission der EG als auch mit der Bundesregierung maßgeblich an der Ausgestaltung des Systems mitgewirkt; die Einführung der Produktionsbescheinigung ist unter anderem von diesen angeregt worden.

(Beckmann [FDP]: Vielen Dank!)

Vizepräsident Stücklen: Keine weiteren Zusatzfragen.

Dann rufe ich den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung auf. Zur Beantwortung der Fragen steht uns Herr Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 24 des Herrn Abgeordneten Krizsan auf:

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der ehemalige Fliegeroberst Rudel als Bezugsfigur für die Traditionspflege der Bundeswehr in Betracht kommt?

Bitte sehr.

(D)

- (A) **Würzbach**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Herr Kollege Krizsan, wegen des Verhaltens des **Fliegeroberst Rudel** nach dem Zweiten Weltkrieg und seiner leider nie erfolgten Absage an den Nationalsozialismus oder Erscheinungsformen bzw. Ergebnisse des Nationalsozialismus, kommt er als Bezugsperson für die **Traditionspflege der Bundeswehr** nicht in Betracht.

Vizepräsident Stücklen: Keine Zusatzfragen.

Dann rufe ich die Frage 25 des Herrn Abgeordneten Krizsan auf:

Hält die Bundesregierung den Traunsteiner **Oberstleutnant Held**, der in seiner persönlichen Vorstellung als Kandidat für den Traunsteiner Stadtrat in einer Wahl-Broschüre **Rudel** zu einem **Leitbild** für sich erklärt und diese Aussage in einem Leserbrief an das Traunsteiner Wochenblatt nochmals bekräftigt, als aktiven Offizier in der Bundeswehr für tragbar?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein Grundrecht, das für Soldaten im Rahmen der Erfordernisse des militärischen Dienstes durch gesetzlich begründete Dienstpflichten eingeschränkt ist. Dazu gehört auch, daß Kandidaten für Wahlen die Freiheit zur persönlichen, prononcierten Meinungsäußerung zugestanden werden muß. Dies betrifft auch Meinungen, die sich nicht mit der Auffassung der Bundesregierung in diesem Punkt — wie eben dargestellt — decken, die sich aber im Rahmen der durch unser Grundgesetz vorgegebenen Freiheit bewegen. Divergierende Auffassungen über Traditionspflege allein sind deshalb kein Grund, die Eignung für den Offizierberuf in Frage zu stellen. Die Einsicht zu möglichen oder nötigen Verhaltensänderungen soll durch Gespräch oder Belehrungen erreicht werden.

(B)

Vizepräsident Stücklen: Zusatzfrage, bitte.

Krizsan (GRÜNE): Herr Würzbach, gilt die Freiheit der Meinungsäußerung für einen Offizier auch dann, wenn es sich bei diesem Herrn Rudel um einen überzeugten Antidemokraten handelt und um einen Kandidaten für eine Partei die später verboten wurde?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Ich antworte insoweit, daß ich sage: Die Aussage, die ich traf, gilt für das gesamte beschriebene Spektrum.

Vizepräsident Stücklen: Keine weiteren Zusatzfragen.

Dann rufe ich die Frage 26 des Herrn Abgeordneten Pfuhl auf:

Ist die Bundesregierung bereit, gleich dem britischen Verteidigungsministerium, einem unabhängigen Tester die Möglichkeit zum Test der Soldatenverpflegung zu geben und anschließend das Ergebnis zu veröffentlichen?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Pfuhl, die **Truppenverpflegung** wird hinsichtlich der ernährungswissenschaftlichen Kriterien ständig durch Sanitätsoffiziere überwacht und hinsichtlich der Qualität, der Quantität, der Zusammensetzung sowie des Geschmacks durch gewählte Vertreter des Verpflegungsteilnehmerausschusses kritisch

bewertet. So gehören dem Küchenausschuß bei 800 Verpflegungsteilnehmern mindestens vier Unteroffiziere, vier Mannschaftsdienstgrade sowie jeweils auch die Vertrauensmänner an. Ein sogenannter „harter Test“ erfolgt zusätzlich durch täglich rund 360 000 Teilnehmer an der Bundeswehrverpflegung. Jederzeit kann sich jeder mit Vorschlägen an den Küchenausschuß wenden. Klagen über Qualität, Quantität, Zusammensetzung der Verpflegung sind ausgesprochen seltene Ausnahme.

Aus diesen Gründen wird eine Prüfung durch einen von Ihnen vorgeschlagenen unabhängigen, dann neu einzuführenden **Tester** nicht für erforderlich gehalten. Sollte dies jedoch mehrheitlich Wunsch sein, ist der Verteidigungsminister dem gegenüber sehr offen. Er verschließt sich nicht und würde die festgestellten Ergebnisse auch veröffentlichen.

Vizepräsident Stücklen: Zusatzfrage, bitte.

Pfuhl (SPD): Herr Staatssekretär, da man in der britischen Armee einen solchen unabhängigen Tester eingesetzt hat, der ein Gourmet ist und von den Dingen vielleicht etwas mehr versteht als Ihre Sanitätsoffiziere: Halten Sie nicht eine solche Lösung auch bei uns für besser, da ja die Liebe bekanntlich durch den Magen geht und Soldaten die Bundeswehr ja lieben sollen?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich halte sie für möglich, ich halte sie nicht für besser. Dieses System, das nun fast 28 Jahre besteht, hat sich bewährt. Es fließt mannigfacher Sachverstand der Wissenschaftler, sage ich einmal, im Vorfeld ein, nicht zuletzt aber auch die persönliche Vorstellung der Beteiligten, derer, die essen. Hier spiegelt sich fast uneingeschränkt Zufriedenheit wider.

(D)

Vizepräsident Stücklen: Bitte sehr.

Pfuhl (SPD): Herr Staatssekretär, hängt die Klage der Soldaten vielleicht auch damit zusammen, daß der Betrag, der für die tägliche Verpflegung ausgeworfen wird, nicht mehr den heutigen Sätzen entspricht?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Dies kann ich nicht bestätigen, Herr Kollege. Ich erinnere mich, daß wir beide vor geraumer Zeit einmal über dieses Thema sprachen. Ich nannte Ihnen Durchschnittsätze und wies auch auf Unterschiede auf manchen Inseln oder Kurorten zum flachen Land in dem einen oder anderen Bundesland hin. Diese Klagen kann ich nicht bestätigen.

Vizepräsident Stücklen: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Krizsan.

Krizsan (GRÜNE): Herr Würzbach, wäre es nicht denkbar, daß man diesen Tester auch einmal die Qualität des in der Bundeswehr verzehrten Alkohols überprüfen läßt?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, über den Alkoholkonsum unserer jungen Soldaten, die sich ja, wenn sie Soldat sind, nicht abkoppeln,

Parl. Staatssekretär Würzbach

- (A) sondern am Abend und besonders am Wochenende enge Verbindung in ihre privaten Lebensbereiche haben, haben wir geredet. Ich nehme Ihre Frage zum Anlaß, noch einmal darauf hinzuweisen, daß der Alkoholkonsum unserer Soldaten nicht über dem vergleichbarer Gruppen sonst liegt.

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter Krizsan, Sie meinen, daß das Blasen in das berühmte Röhrchen bei der Bundeswehr eingeführt werden soll? Das macht doch sowieso schon die Polizei.

Die Frage 27 des Herrn Abgeordneten Dr. Hupka soll auf Wunsch des Fragestellers schriftlich beantwortet werden, Herr Staatssekretär. Das gleiche gilt für Frage 30 des Herrn Abgeordneten Lowack. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Ich rufe die Frage 28 des Herrn Abgeordneten Dr. Scheer auf:

Hält die Bundesregierung Manöver amerikanischer Truppen auf der Grundlage von Air-Land-Battle-Konzeptionen in der Bundesrepublik Deutschland mit der Aussage der Bundesregierung für vereinbar, nach der Air-Land-Battle-Konzeption wie der FM 100/5 in der NATO einschließlich der amerikanischen Truppen keine Gültigkeit und damit keine praktische Relevanz hätten?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Uns liegen keine Erkenntnisse darüber vor, ob und inwieweit besondere Übungen im Rahmen der neuen Vorschrift durchgeführt wurden.

- (B) **Dr. Scheer (SPD):** Herr Staatssekretär, sind Ihnen nicht Veröffentlichungen in Zeitschriften, etwa in der „Military Review“ im September 1983, bekannt, aus denen so etwas hervorgeht, bzw. sind Sie solchen Dingen nachgegangen?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Wir sind dem nachgegangen, und dies führt zu der Antwort, die ich Ihnen sagte, daß wir zu keinen nachweisbaren Erkenntnissen gekommen sind, die ich Ihnen, Herr Kollege Scheer, in einer anderen als der soeben vorgetragenen Form hätte mitteilen können.

Vizepräsident Stücklen: Eine weitere Zusatzfrage.

Dr. Scheer (SPD): Herr Staatssekretär, hat die Bundesregierung schlicht angefragt, ob das zutrifft, oder hat sie eigenständige Erkundigungen angestellt?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Sie hat über den Führungsstab in Verbindung zu den Stäben der Vereinigten Staaten und der hier stationierten Armee zur Beantwortung dieser Frage die ordnungsgemäßen Erkundigungen und Gespräche geführt.

Vizepräsident Stücklen: Keine weitere Zusatzfrage.

Ich rufe die Frage 29 des Herrn Abgeordneten Dr. Scheer auf:

Hält die Bundesregierung Manöver amerikanischer Truppen auf der Grundlage von Air-Land-Battle-Konzeptionen in der Bundesrepublik Deutschland mit der Aussage der Bundesregierung für vereinbar, nach der Air-Land-Battle-Konzeption wie der FM 100/5 in der NATO einschließlich der amerikanischen Truppen keine Gültigkeit und damit keine praktische Relevanz hätten?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Die Übungen amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland erfolgen im Rahmen der Verteidigungsplanung der NATO für Mitteleuropa auf der Grundlage der aus der MC 14/3 abgeleiteten Grundsätze. Nationale Führungsvorschriften gelten dabei nur insoweit, als sie im Einklang mit diesen im Bündnis vereinbarten Grundsätzen stehen.

Vizepräsident Stücklen: Eine Zusatzfrage, bitte.

Dr. Scheer (SPD): Herr Staatssekretär, kann ich aus Ihrer Antwort entnehmen, daß Sie damit ausschließen, daß in der Bundesrepublik überhaupt nach einer Vorschrift geübt wird, die nicht mit MC 14/3 übereinstimmt?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, wenn die NATO eine NATO-Übung durchführt, können Sie dies ausschließen.

Vizepräsident Stücklen: Eine weitere Zusatzfrage.

Dr. Scheer (SPD): Können Sie das auch für den Fall ausschließen, daß Truppen von Bündnispartnern, die der NATO assigniert sind, aber z. B. in der Bundesrepublik stationiert sind, außerhalb eines NATO-Manövers eigenständige Manöver nach Konzepten machen, die nicht mit MC 14/3 vereinbar sind?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Das kann ich nicht, und dies stünde uns auch überhaupt nicht zu. Hier hat jeder Staat mit seiner Armee eigene Führungsvorschriften, die im Rahmen der NATO dann nicht angewendet werden, wenn sie sich mit der NATO-Vorschrift, in diesem Fall mit MC 14/3, nicht decken.

Vizepräsident Stücklen: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Krizsan.

Krizsan (GRÜNE): Herr Würzbach, habe ich Ihre Antwort richtig verstanden, daß in dem Fall, daß die US-Armee eigene Übungen durchführt, diese durchaus nach dem Air-Land-Battle-Konzept durchgeführt werden können?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, die amerikanische Armee ist in Amerika, in Europa und in anderen Teilen der Welt stationiert, und es gelten nur im NATO-Bereich für NATO-Einsätze übergeordnete, politisch wie militärisch gemeinsam abgestimmte NATO-Vorschriften. Ansonsten gelten nationale Vorschriften.

Vizepräsident Stücklen: Keine weitere Zusatzfrage. Damit ist auch dieser Geschäftsbereich abgeschlossen.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern auf. Zur Beantwortung der Fragen steht uns Herr Parlamentarischer Staatssekretär Spranger zur Verfügung.

Die Fragen 37 des Abgeordneten Stiegler und 38 des Abgeordneten Antretter, Herr Staatssekretär, sollen auf Wunsch der Fragesteller schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Vizepräsident Stücklen

- (A) Ich rufe die Frage 35 des Herrn Abgeordneten Dr. Ehmke (Ettlingen) auf:

Inwieweit sollen bei den durch die Bundesregierung angekündigten Verschärfungen der Abgasgrenzwerte für Personenkraftwagen die Dieselfahrzeuge, insbesondere hinsichtlich ihrer Stickoxid-Emissionen, in die verschärften Grenzwertregelungen entsprechend den USA-Grenzwerten einbezogen werden?

Bitte sehr.

Spranger, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Die Bundesregierung hat am 26. Oktober 1983 der EG-Kommission einen Vorschlag zur Verschärfung der Abgasgrenzwerte für mit Ottomotoren ausgerüstete Pkw entsprechend den US-Abgasregelungen vorgelegt. Hierbei hat sie sich einen ergänzenden Vorschlag für mit Dieselmotoren betriebene Fahrzeuge vorbehalten. Dementsprechend prüft die Bundesregierung zur Zeit die **Einbeziehung von Dieselfahrzeugen in die US-Abgasregelungen**.

Vizepräsident Stücklen: Eine Zusatzfrage, bitte.

Dr. Ehmke (Ettlingen) (GRÜNE): Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Staatssekretär, daß also die Dieselfahrzeuge später behandelt werden sollen und daß da gesonderte Regelungen vorgesehen sind?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Da haben Sie mich nicht richtig verstanden, sondern ich habe gesagt, daß die Bundesregierung zur Zeit prüft, ob Dieselfahrzeuge in die US-Abgasregelung einbezogen werden können.

(B)

Vizepräsident Stücklen: Eine Zusatzfrage.

Dr. Ehmke (Ettlingen) (GRÜNE): Ist diese zusätzliche Prüfung auch deshalb nötig, weil auch für die zum Teil sehr hohen Rußemissionen von Dieselfahrzeugen noch zusätzliche Regelungen erforderlich sind?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Diese zusätzliche Prüfung ist erforderlich, weil zwischen Ottomotoren und Dieselmotoren ein nicht unbeträchtlicher Unterschied besteht.

Vizepräsident Stücklen: Keine weitere Zusatzfrage.

Ich rufe die Frage 36 des Herrn Abgeordneten Dr. Ehmke (Ettlingen) auf:

Heißt dies, daß der NO_x-Grenzwert von 1,0 Gramm/Meile sowohl für Personenkraftwagen mit Ottomotor als auch mit Dieselmotoren gleichermaßen gelten wird?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Dieselmotoren haben hinsichtlich ihrer gasförmigen Schadstoffe ein wesentlich besseres Emissionsverhalten als Ottomotoren ohne Katalysatoren. Die Bundesregierung erarbeitet zur Zeit ein **Gesamtkonzept für Dieselfahrzeuge**, das sowohl die gasförmigen als auch die partikelförmigen Emissionen einbezieht. Hierbei wird ein Stickoxidgrenzwert von 1 g/Meile angestrebt.

Vizepräsident Stücklen: Zusatzfrage, bitte.

Dr. Ehmke (Ettlingen) (GRÜNE): Können Sie mir sagen, bis wann dieses Gesamtkonzept für Dieselfahrzeuge vorliegen wird? (C)

Spranger, Parl. Staatssekretär: Das kann ich Ihnen noch nicht sagen. Aber wir bemühen uns, es so schnell wie möglich vorzulegen.

Vizepräsident Stücklen: Weitere Zusatzfrage, bitte.

Dr. Ehmke (Ettlingen) (GRÜNE): Herr Staatssekretär, können Sie mir bei dieser Gelegenheit auch sagen, welchen Schwefelgehalt im Dieselmotorkraftstoff die Bundesregierung anstrebt, um die bei Dieselfahrzeugen vorhandenen Schwefeldioxidemissionen zu begrenzen?

Spranger, Parl. Staatssekretär: Ich kann Ihnen das gern nachreichen. Aber Ihre Frage beschränkte sich auf NO_x-Emissionen.

Vizepräsident Stücklen: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Krizsan.

Krizsan (GRÜNE): Herr Spranger, nachdem in der Öffentlichkeit zunehmend bezweifelt wird, daß die Bundesregierung überhaupt in der Lage ist, ihr Abgasminderungskonzept gegenüber den verschiedenen Interessen bis zum 1. Januar 1986 durchzusetzen: Können Sie uns endlich einen Termin nennen, wann Sie die zum 1. Januar 1986 gewünschten Grenzwerte für die Kfz-Abgase der Öffentlichkeit vorlegen wollen? (D)

Spranger, Parl. Staatssekretär: Ich kann nur darauf hinweisen, daß das Kabinett bereits letztes Jahr die Grenzwerte, bezogen auf die US-Abgasgrenzwerte, eindeutig fixiert hat.

Vizepräsident Stücklen: Keine weiteren Zusatzfragen. Wir sind damit am Ende der Fragestunde angelangt.

Vereinbarungsgemäß wird die Sitzung unterbrochen und um 9 Uhr mit der Behandlung des Zusatzpunkts „Aktuelle Stunde“ fortgesetzt.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 8.17 bis 9.00 Uhr)

Vizepräsident Stücklen: Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion DIE GRÜNEN hat gemäß Nr. 1c der Anlage 5 unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde verlangt. Ich rufe diesen Zusatzpunkt der Tagesordnung auf:

Aktuelle Stunde

Neuere Entwicklung in der Tarifausschließung der Druck- und Metallindustrie

Ich eröffne die Aussprache. — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kleinert.

Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die laufende Tarifausschließung

Kleinert (Marburg)

- (A) einandersehung spitzt sich zu. In der Druckindustrie laufen schon seit Wochen Streikaktionen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ohne Legitimation!)

In zwei Metall-Tarifbezirken beginnen in diesen Tagen Urabstimmungen. Es sieht so aus, als sollte es zum härtesten Arbeitskampf seit langem kommen.

Die Bundesregierung hat von Anfang an keinen Zweifel gelassen, wo sie in dieser Auseinandersetzung steht. Im Gegenteil: Seit Jahrzehnten ist es nicht mehr vorgekommen, daß eine Bundesregierung derart massiv in eine Tarifausschließung zugunsten des Unternehmerstandpunkts eingegriffen hat. Ob Herr Lambsdorff sich in Tokio über die Segnungen der japanischen Wirtschaft ausläßt, ob Herr Blüm oder Herr Stoltenberg Stellung beziehen, immer ist die eine Botschaft zu hören, diese Auseinandersetzung gefährde das, was sie Aufschwung nennen. Wer streikt, der streike gegen die Arbeitslosen. Der Bundeskanzler selbst hat die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als „dumm und töricht“ bezeichnet. Sogar der Herr Bundestagspräsident hat sich dieser Tage in einer Weise in die Diskussion eingeschaltet, daß „DIE WELT“ vorgestern mit der Titelzeile aufmachte — ich zitiere —:

Barzel: Es geht nicht an, den Staat in Frage zu stellen.

WELT-Gespräch über den Tarifstreit zur 35-Stunden-Woche.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Wir GRÜNEN haben von der Bundesregierung nichts anderes erwartet. Diese Bundesregierung ist nun einmal in allererster Linie eine Regierung der Wirtschaftsinteressen und der Unternehmer. Und Ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Sie in der Vergangenheit betrieben haben, beweist das ebenso gut wie Ihre Umweltpolitik.

Viel interessanter ist von daher die Frage, weshalb diese **Koalition aus Kapital und Kabinett** mit einer solchen Härte auf die Gewerkschaften in der laufenden Auseinandersetzung einschlägt, obwohl Sie wissen, daß die meisten Kostenargumente, die gegen die 35-Stunden-Woche vorgebracht werden, schlicht falsch sind, obwohl Sie wissen, daß sich mit dem von Ihnen propagierten **Wachstumskurs** die Arbeitslosigkeit auf Dauer nur verschärfen wird, obwohl Sie genau wissen, daß die von Ihnen verabschiedete Vorruhestandsregelung kaum wesentliche Arbeitsplatzeffekte haben wird, und obwohl Sie die Gewinnsteigerungen auf Unternehmerseite im Jahre 1983 wahrscheinlich noch genauer kennen als wir.

Meine Damen und Herren, die Erklärung dafür ist so schwierig nicht. Diese Koalition aus Kapital und Kapital will die laufende Auseinandersetzung dazu nutzen, einen Schlag gegen die Gewerkschaften zu führen, von dem diese sich so schnell nicht wieder erholen sollen. Dabei geht es um die Durchsetzung eines beschleunigten Wachstumskurses in der Wirtschaft und einer Gesellschaftspolitik der

- (C) **Umverteilung von unten nach oben.** Sie nennen das Modernisierung der Volkswirtschaft.

Bei diesem Kurs, der nicht nur verstärkte Zerstörung von Natur und Umwelt bedeuten würde, sondern durch den auch wachsende Teile der Bevölkerung aus dem Arbeitsprozeß herausfallen würden, könnten die Gewerkschaften wie andere Kräfte in der Gesellschaft nur ein Störfaktor sein. Damit aber solche Störfaktoren so klein wie möglich gehalten werden können, sollen sie durch eine empfindliche Niederlage jetzt so geschwächt werden, daß der Kampf um die **Umverteilung der Arbeit** auf Jahre hinaus vom Tisch und Gegenwehr bei Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau weiter erschwert wäre. Was Frau Thatcher in England schon gelungen ist, das soll auch in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren gesellschaftliche Wirklichkeit werden. Deshalb die Härte, mit der auf Unternehmerseite und von der Bundesregierung dieser Konflikt geführt wird. Deshalb die politische Kriegserklärung der Regierung an die Gewerkschaften.

(Dr. George [CDU/CSU]: So ein Quatsch!)

Deshalb die Kriegserklärung an Arbeitslose und Arbeitnehmer gleichermaßen. Deshalb wird hier Klassenkampf von oben betrieben.

Wir GRÜNEN unterstützen die IG Metall und die IG Druck und Papier in ihrem Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, weil wir eine Umverteilung der Arbeit aus ökologischen wie aus ökonomischen Gründen für zwingend notwendig halten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Umverteiler!)

Das sage ich ausdrücklich auch an die Adresse der Gewerkschaften, die an hergebrachten Vorstellungen festhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter Kleinert, die zwingend vorgesehene Redezeit von fünf Minuten ist zu Ende.

(Dr. George (CDU/CSU): Sehr gut! Das ist das Beste an der Rede!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Lammert.

Dr. Lammert (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Niemand bezweifelt, daß Verlauf und Ergebnis von Tarifverhandlungen maßgeblichen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der Zukunft haben. Das gilt sowohl für den einzelnen Arbeitnehmer und seine wirtschaftlichen Verhältnisse, es gilt aber auch für die Volkswirtschaft im Ganzen. Weil dies so ist, müssen die Tarifparteien die Freiheit haben, die Forderungen zu erheben und engagiert zu verfolgen, die sie im Interesse ihrer jeweiligen Mitglieder für angemessen halten; aber die Regierung muß ganz gewiß auch die Möglichkeit haben, vor volkswirtschaftlichen Risiken einer sich verselbständigenden Tarifausschließung zu warnen, denn sie bekommt am Ende die

(D)

Dr. Lammert

- (A) Folgen für die tatsächliche Wirkung auf dem Arbeitsmarkt quitiert.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht einseitig!)

Alle **Sachverständigen**, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vom Sachverständigenrat über die Bundesbank bis zu den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten, bestätigen die Bundesregierung in ihrer **Warnung vor** einer sofortigen massiven und flächendeckenden **Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich**, die auf die höchst unterschiedlichen organisatorischen, technischen und finanziellen Bedingungen verschiedener Branchen und Betriebe entweder zuwenig oder überhaupt keine Rücksicht nimmt und auf diese Weise mehr Arbeitsplätze gefährden als schaffen würde. Dem steht nur der schon sprichwörtliche volkswirtschaftliche Sachverstand der Grünen entgegen, den wir im Eingangsstatement gerade wieder zur Kenntnis nehmen konnten.

(Kolb [CDU/CSU]: Ist das Sachverstand? — Zurufe von den GRÜNEN)

Man muß im übrigen auch kein Nationalökonom sein, um Zweifel an der Weisheit einer Strategie zu entwickeln, deren erklärtes Ziel es ist, mehr Arbeitsplätze dadurch zu schaffen, daß die Arbeit drastisch verteuert wird. Dies widerspricht der Lebenserfahrung und dem gesunden Menschenverstand, der in der Bevölkerung und in der Arbeitnehmerschaft offensichtlich stärker verankert ist als bei manchen sogenannten Tarifexperten.

(B)

Wir begrüßen ausdrücklich die **Vereinbarung im Bergbau**, die gestern ohne Theaterdonner und Kraftakte zustande gekommen ist, und wir würden uns gerade im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung, der betroffenen Arbeitnehmer und vor allen Dingen der nach wie vor unerträglich hohen Zahl von Arbeitslosen wünschen, daß ein ähnlicher Einbruch von Vernunft und Nüchternheit auch bei den Tarifaueinandersetzungen im Druck- und Metallbereich möglich wäre. Natürlich ist die Situation dort anders, aber dies ist kein Grund dafür, die Auseinandersetzung zu einem Dogmenstreit über eine 35-Stunden-Woche entarten zu lassen, die weder der notwendigen sachlichen Auseinandersetzung noch den Beteiligten und erst recht nicht der wirtschaftlichen Entwicklung nützt. Beide Tarifparteien laufen nach meiner Überzeugung Gefahr, sich über die Interessen ihrer jeweiligen Mitglieder immer mehr hinwegzuheben, weil ihnen die Aufrechterhaltung zum Dogma erhobener **Prinzipien** wichtiger geworden ist

(Beifall bei der CDU/CSU)

als ein für beide Seiten vielleicht nicht befriedigender, aber zumutbarer **Kompromiß**. Meine Damen und Herren, wenn einem notwendigen Kompromiß nicht die Einsicht in die Notwendigkeit, sondern die Fixierung auf offensichtlich nicht mehr bewegliche Prinzipien entgegensteht, dann müssen diese Prinzipien fallen. An einem Krieg der Funktionäre besteht keinerlei politisches Interesse

(Kolb [CDU/CSU]: Auf beiden Seiten!)

und schon gar nicht ein ökonomisches Interesse. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Den Gewerkschaften muß klar sein, daß erhebliche Teile ihrer eigenen Mitglieder, die offensichtliche Mehrheit der Arbeitnehmer und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung keinen Streik wollen, weil ihnen allen klar ist, daß ein möglicherweise wochenlanger Streik von Tausenden von Arbeitnehmern die Volkswirtschaft einen Milliardenbetrag an Wertschöpfung,

(Dreßler [SPD]: Aber die Geldmaschine setzen Sie in Bewegung! Das haben wir gern!)

die Gebietskörperschaften Hunderte von Millionen an Steuereinnahmen kostet und auf diese Weise eine Zeche entsteht, die von allen bezahlt werden muß.

Aber ich will eines hinzufügen: Auch den Arbeitgeberfunktionären, die von der infantilen Versuchung geplagt sind, die Gewerkschaften zu demütigen, muß klargemacht werden, daß sie mit der Beseitigung der Autorität ihrer Verhandlungspartner die Bedingungen für notwendige künftige Kompromisse mit beseitigen würden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen möchte ich beide Seiten auffordern, aus selbstgegrabenen Schützengräben herauszukommen, Prinzipienstreitereien zu beenden und zur Kenntnis zu nehmen, daß nur mit der Bereitschaft zur Beweglichkeit und zu einem für beide Seiten vertretbaren Kompromiß die Interessen ihrer Mitglieder und Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung berücksichtigt werden können. (D)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Roth [SPD]: So sollte Lambsdorff reden!)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lutz.

Lutz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von den GRÜNEN! Ich weiß nicht, ob es eine sehr gute Idee war, diese Aktuelle Stunde in dieser jetzigen Tarifsituation durchzuführen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vor vier Wochen,

(Kolb [CDU/CSU]: 14. März!)

als die heiße Phase noch nicht angelaufen war, hatten wir hier eine Aktuelle Stunde mit Sinn gemacht. Jetzt wird es etwas schwieriger, um das ganz vorsichtig zu formulieren.

(Dr. George [CDU/CSU]: Jetzt ist es Unsinn!)

Wir sind, meine Kolleginnen und Kollegen von allen Fraktionen, nicht dazu da, Tarifersatzpartei zu spielen.

(Beifall bei der SPD und der FDP — Zustimmung des Abg. Dr. George [CDU/CSU])

Lutz

- (A) Das Handeln liegt jetzt bei den Vertragsparteien, und wir sollten uns da alle sehr zurückhalten.

(Horacek [GRÜNE]: Aber auch die Regierung!)

Schon die Regierung hat ein Beispiel dafür gegeben, wie man es nicht machen soll.

(Beifall bei der SPD)

Der Bundeskanzler, den wir leider wieder vermissen müssen, der Wirtschaftsminister, den wir erfreut begrüßen,

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

weil er sich hier stellen soll, und der Arbeitsminister haben sich zu einem Zeitpunkt in das Geschäft gedrängt, als ihr Rat am allerwenigsten gefragt war.

(Beifall bei der SPD)

„Dumm“ und „töricht“ nannte der Bundeskanzler die Forderung nach der 35-Stunden-Woche.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: So ist er auch!)

Der Wirtschaftsminister flehte die Höllenstrafen des Himmels auf die Gewerkschaftsforderer herab, und der Arbeitsminister entblödete sich gestern nicht,

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Unglaublich! —

Kolb [CDU/CSU]: Na, na, na! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

- (B) den Rentnern einen gehörigen Schrecken einzujagen. Falls 1 Million Arbeitnehmer es wagen sollten, für ihre Forderung zu streiken, dann seien die Renten nicht mehr gesichert, sagte der Arbeitsminister.

(Kolb [CDU/CSU]: Er sagte nur, was das kostet!)

Hier fährt eine Regierung vom Kanzler bis zum letzten Staatssekretär Sonderschichten für die Arbeitgeberklientel.

(Beifall bei der SPD — Zustimmung des Abg. Schneider [Berlin] [GRÜNE])

Das, so meine ich, ist ohne Beispiel in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik.

Der erste Kanzler der Republik, auf den sich der augenblickliche so oft beruft, verhielt sich sehr viel klüger. Bei aller Gegensätzlichkeit zu Gewerkschaftsforderungen hütete sich **Adenauer** sorgfältig, Gräben entstehen zu lassen, die nicht mehr überbrückt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Er wußte, das Pflänzlein Demokratie kann nur im Konsens mit den Gewerkschaften, nie gegen sie, gedeihen.

(Beifall bei der SPD)

Sein Enkel hat davon nichts begriffen. Seine tolpatschigen Ausfälle gegen die Gewerkschaften verraten nur eines: Der Enkel hat das Format des Alten

nicht. Da muß wohl ein Seitensprung in der Familie Früchte getragen haben. (C)

(Heiterkeit bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU: Taktlos! — Billig!)

Über den Arbeitsminister mag ich mich gar nicht erst äußern. Adenauer hatte immer Wert darauf gelegt, daß seine Arbeitsminister die Fäden zu den Gewerkschaften nicht abreißen ließen.

(Zuruf von der SPD: So war es!)

Die Beziehungen zur Wirtschaft pflegte der alte Herr dann selbst; da brauchte er niemanden.

Und jetzt? Jetzt echot der Kollege Blüm genauso wie sein Kanzler. Das ist gesellschaftspolitische Tumbheit im Quadrat!

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Spiel mit dem Feuer. Das stört das filigrane Geflecht der Beziehungen zwischen den Tarifvertragsparteien auf bedenkliche Weise.

Mich schaudert, wenn ich daran denke, wie man bei einer solchen Politik in den nächsten Wochen aktives Krisenmanagement betreiben will. Die Herren haben sich verausgabt. Sie sind wirklich die Letzten; die letzten, die behaupten können, in dieser Situation Frieden zu stiften.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. (D)

(Zuruf von der SPD: Der letzte!)

Dr. Blüm. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will wiederholen, was ich gestern hier gesagt habe.

(Zuruf des Abg. Dr. Ehmke [Bonn] [SPD])

Mein Vorredner hat mir die Notwendigkeit dazu noch einmal deutlich gemacht.

Ich will darauf hinweisen, daß, wenn 1 Million Arbeitnehmer vier Wochen streiken, eine halbe Milliarde Geld in den Kassen der **Rentenversicherung** fehlt.

(Zuruf des Abg. Wolfram [Recklinghausen] [SPD])

Die Wahrheit kann doch kein Schreck sein, die Wahrheit kann doch nicht gegen die Arbeitnehmer gerichtet sein. Man wird doch von diesem Pult aus auf Wahrheiten aufmerksam machen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Sagen Sie, was die Arbeitslosigkeit kostet!)

Ich nenne diese Zahl, damit jeder, der zur Urabstimmung an die Urne tritt, weiß, was von seiner Entscheidung abhängt.

(Zurufe von der SPD)

Davon hängt nicht nur die Frage ab: Streik oder nicht Streik? Es hängt davon auch ab, ob unser

Bundesminister Dr. Blüm

- (A) Sozialsystem in dieser Situation gefährdet wird, ob der **Aufschwung** sicherer wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb beantworte ich auch die Frage des Kollegen Kleinert ganz eindeutig: Wo steht die Bundesregierung in diesem Konflikt? Auf welcher Seite steht sie? — Sie steht auf der Seite der **Arbeitslosen**. Auf der Seite der Arbeitslosen steht die Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —
Lebhafte Zurufe von der SPD und von den
GRÜNEN)

Diese unsere Position kann auch nicht gewerkschaftsfeindlich sein. So populär, wie manche Gewerkschaftsfunktionäre die 35-Stunden-Woche hinstellen, ist sie in der Arbeitnehmerschaft nicht. Die Mehrheit der Arbeitnehmerschaft bevorzugt die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Dies hier zu sagen kann nicht gewerkschaftsfeindlich sein; sonst stünden die Gewerkschaften im Gegensatz zur Arbeitnehmerschaft, und gegen diesen Vorwurf will ich sie in Schutz nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich mache meine Freunde, meine Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften noch einmal auf ein uraltes Gesetz, auf eine uralte Erfahrung aus Arbeitskämpfen aufmerksam: Leicht ist es, in einen Arbeitskampf zu gehen; schwer ist es, mit Erfolg aus ihm herauszukommen.

- (B) Dies vor Streikbeginn zu sagen ist im Interesse der Gewerkschaften, weil ich mir nicht wünsche, daß die Gewerkschaften geschwächt aus diesem **Arbeitskampf** hervorgehen. Deshalb ist es unsere Verantwortung, darauf hinzuweisen, welche Folgen ein Arbeitskampf in dieser Situation hat. In dieser Situation, in der die Konjunktur wieder leicht den Kopf erhebt, in der die Auftragseingänge sich verbessern, würde ein Streik den Gesundungsprozeß der Wirtschaft mit einem schweren Rückschlag versehen. Das ist wie im privaten Leben: Ein **Rückschlag bei der Gesundheit** ist ein Rückwurf, heißt die Krankheit verschlimmern, heißt einen an Lungenerkrankungen Erkrankten ins kalte Wasser werfen. Darauf aufmerksam zu machen, gehört auch zur Pflicht einer Regierung, die ihre Verantwortung übernommen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch uns kommt es darauf an, den sozialen Frieden zu bewahren. Deshalb von dieser Stelle: Verhandelt lieber drei Tage zuviel, als daß ihr einen Tag zu früh in den Arbeitskampf geht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieser Appell richtet sich nicht nur an die Gewerkschaften. Er richtet sich auch an die Arbeitgeber, von hohen Rössern herunterzukommen und nun alle Dogmen fallenzulassen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und dem sozialen Frieden die Vorfahrt zu geben. Dafür hat die Bundesregierung einen Beitrag geleistet, indem sie ein Vorruhestandsgesetz anbietet. Das erweitert den Kompro-

mißspielraum. Deshalb wünsche ich, daß auch wir dazu beitragen können, daß uns ein Arbeitskampf erspart bleibt, daß wir einen Beitrag dazu leisten, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen und für jeden Arbeit zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Cronenberg.

Cronenberg (Arnsberg) (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, die Entwicklung der Tarifaueinandersetzungen gibt zu größter Besorgnis Veranlassung. Wenngleich ich befürchte, daß die Antragsteller dieser Aktuellen Stunde nicht, wie erforderlich, mäßigend auf die Tarifvertragsparteien einwirken wollen, sollten wenigstens wir die Gelegenheit nutzen, an die Vernunft aller Beteiligten zu appellieren.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das ist immer Ihre Vernunft! — Immer die Unternehmervernunft!)

Mir ist unklar geblieben, warum ausgerechnet diejenigen, die sich lautstark über die angebliche unzulässige Einmischung der Politiker in die Tarifaueinandersetzungen beschwert haben, nun versuchen, den Streit der Tarifpartner in das Plenum des Deutschen Bundestages zu zerren.

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Weil es durch Sie eine politische Frage geworden ist!)

— Worum, Herr Kleinert, geht es in diesem Tarifstreit? Es geht um die grundsätzliche Frage, ob generelle Wochenarbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich in unserer konkreten wirtschaftlichen Situation ein Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme sein können. Wir müssen diese Frage mit Nein beantworten, weil wir als **Höchstlohnland** und als **exportabhängigstes Land** der Welt uns nicht von unseren Konkurrenten im Ausland abkoppeln dürfen.

IG-Metall-Vorstandsmitglied Janssen hat interessanterweise in diesem Zusammenhang in Paris erklärt, die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche verschaffe den deutschen Unternehmen zusätzliche Wettbewerbsvorteile. Im Umkehrschluß bedeutet dies zwingend: Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verschlechtert die **Wettbewerbsfähigkeit** unserer Industrie.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Genau das können wir nicht gebrauchen!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wer in dieses Land Arbeit holen will — und das ist erforderlich, wenn wir den Menschen Arbeit geben wollen —, muß dafür sorgen, daß unsere Wettbewerbssituation nicht verschlechtert, sondern verbessert wird. Insofern ist die Grundaussage von Janssen sogar zu unterstreichen.

Meine Damen und Herren, die meisten Arbeitsplätze sind nun einmal in kleinen und mittleren lohnintensiven Betrieben. Deswegen sollten wir uns klarmachen, daß Roboter bei VW und Mercedes

Cronenberg (Arnsberg)

- (A) noch keine hinreichende Begründung dafür sind, in einer Baubeschlagsfirma oder in einer Haushaltswarenfirma oder in einer Gesenkschmiede die Löhne um 15 oder 16 oder 17 oder 18% anzuheben. Das kostet Arbeitsplätze!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

Ich wiederhole eindringlich und sehr nachhaltig die Aufforderung an die Gewerkschaften, auf die **Kostensituation der kleinen und mittleren Unternehmen** Rücksicht zu nehmen und dies auch einmal öffentlich zu sagen.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Das tun Sie doch immer!)

Ebenso wichtig ist es, deutlich zu sagen — und ich sage das unmißverständlich —, daß niemand in diesem Lande Gewerkschaften kaputtmachen darf und kaputtmachen will. Wir brauchen funktionsfähige und tüchtige **Gewerkschaften** ebenso,

(Zurufe von der SPD)

wie wir erfolgreiche und tüchtige Unternehmer brauchen. Dies sollten wir von dieser Stelle aus einmal an beide Seiten dieses Tarifvertragsstreits deutlich sagen. Ich jedenfalls stehe nicht an, eine solche Erklärung gegenüber den deutschen Gewerkschaften abzugeben.

(Zustimmung bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU — Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Gewerkschaften, wie Sie sie haben wollen!)

- (B) Jeder sollte wissen, daß der eine auf den anderen angewiesen ist. Auch deswegen sollten alle Beteiligten ernsthaft nach einem Kompromiß suchen, und dabei sollte mehr gesunder Realismus, mehr Praxisnähe und Einsicht in das Vertretbare Berücksichtigung finden. Um eine solche Position wollte ich hier heute morgen für meine Fraktion bitten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rappe.

Rappe (Hildesheim) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundesarbeitsminister, ich will vorweg sagen, daß ich über Ihre Beunruhigungsspiele in Richtung **Rentensicherung** mehr deshalb beunruhigt bin, weil sie ohne eine Reihe von Komponenten, die man dabei nennen muß, entwickelt worden ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber sie stimmt!)

Ich bin mir völlig klar darüber, daß Sie mit dieser Bemerkung selbstverständlich mit voller Absicht versuchen, einen Eingriff in die Tarifautonomie vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nun will ich Ihnen und allen anderen dazu zwei Fakten entgegensetzen: Die **Arbeitslosigkeit** in die-

ser Größenordnung kostet die Rentenversicherung (C) ungleich mehr als ein Streik von 14 Tagen.

(Beifall bei der SPD — Günther [CDU/CSU]: Mit 14 Tagen ist das aber nicht getan!)

Und ein zweiter Gesichtspunkt: Eine der Hauptforderungen aller Gewerkschaften ist, daß jeder Schritt der Arbeitszeitverkürzung, egal auf welchem Wege, mit Lohnausgleich gemacht werden muß. Dies ist eine Forderung, hinsichtlich der die Propagandawalze ganz besonders läuft.

Ein paar Fakten dazu: Wenn wir **Arbeitszeitverkürzung unter Lohn- und Gehaltsabbau** machen würden, dann würde dies bedeuten, daß die — prozentual abhängigen — Beiträge an die Arbeitslosenkasse, Rentenkasse und Krankenkassen sinken würden.

(Dr. George [CDU/CSU]: Richtig, richtig! — Kolb [CDU/CSU]: Das wissen wir!)

Dies wäre eine schwere **Belastung der Sozialkassen**.

(Dr. George [CDU/CSU]: Richtig!)

Und eine konservative Regierung reagiert darauf ja nicht mit Beitragserhöhung, sondern eine konservative Regierung reagiert darauf mit Leistungsabbau.

(Beifall bei der SPD)

Also: Wenn wir Ihre Hauptforderung annehmen würden, über Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich nachzudenken, dann würde dies erhebliche Belastungen für die Rentenkasse mitbringen. Mir wäre es schon sehr lieb, wenn Sie die Fakten im Zusammenhang und ehrlich schildern (D)

(Beifall bei der SPD)

und nicht bloß die Propagandawalze anderer Leute drehen würden.

Nun aber noch ein weiterer Punkt: Ich würde jeden, der darauf abzielt oder die Strategie darauf anlegt, daß es wegen der **unterschiedlichen Wege im DGB** einen Mangel an Solidarität gebe,

(Jagoda [CDU/CSU]: Das hat doch keiner behauptet!)

sehr warnen; er hat mit Zitronen gehandelt. Das kann doch keiner glauben.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns doch völlig klar darüber, daß die unterschiedlichen Wege, die wir beschreiten, etwas mit der Lage der Industrie und der Art der Produktion zu tun haben; das ist der Punkt.

(Dr. George [CDU/CSU]: Aha! — Kolb [CDU/CSU]: Sie kennen den Fall sehr gut!)

Aber genau dann ist richtig, daß die Kollegen der IG Metall an den taktgebundenen Bändern der Metallindustrie, der Autoindustrie mit Verkürzung der Wochenarbeitszeit Arbeitsplätze schaffen können,

(Beifall bei der SPD)

Rappe (Hildesheim)

- (A) die ich im System kommunizierender Röhren z. B. in der chemischen Industrie wegen Arbeitsbereitschaft nicht schaffen könnte. Dort kann ich nur Lösungen mitbringen, wenn Altersregelungen Platz greifen. So sachlich und vernünftig ist die Position der verschiedenen Gewerkschaften.

(Beifall bei der SPD)

Darauf antwortet die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nun ununterbrochen — leider Gottes mit Ihrer Unterstützung — mit einem einzigen Nein, ohne überhaupt die Möglichkeiten, die der DGB anbietet, ernsthaft zu überprüfen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Lage, in der wir uns befinden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Keller.

Keller (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst auf eine alte Lebenserfahrung zurückkommen, die besagt: Auch durch die Wiederholung einer falschen Behauptung wird daraus noch keine richtige Tatsache.

(Beifall bei der CDU/CSU — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Das sagen Sie einmal dem Herrn Blüm! — Weitere Zurufe von der SPD)

(B)

Am 14. März war es die SPD-Fraktion, heute sind es die GRÜNEN, die den schweren Vorwurf erheben, die Bundesregierung mische sich in die laufenden Tarifverhandlungen ein.

(Dreßler [SPD]: Leider ist das so!)

Ich kann aber gemeinsam mit dem Kollegen Lutz festhalten, daß auf beiden Seiten des Hauses Einigkeit darüber besteht, daß Arbeitszeitverkürzungen in erster Linie Sache der Tarifpartner sind. Das ist unbestreitbar die Grundposition der jetzigen Bundesregierung.

Lassen Sie mich hier auch eine Feststellung treffen. Eine **politische Bewertung der tarifpolitischen Forderungen** kann einer Bundesregierung doch niemand streitig machen, am allerwenigsten der DGB, der sich zu fast allen politischen Fragen, die nicht immer direkt mit Arbeitnehmerinteressen zu tun haben, auch politisch äußert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wollen der Frage nachgehen, was mit dem Begriff „einemischen“ gemeint ist. Jeder weiß auch wenn es der Kollege Rappe hier bestreitet, daß innerhalb des DGB und auch der anderen Gewerkschaften **unterschiedliche Positionen zum Thema Arbeitszeitverkürzung** vorhanden sind: Wochenarbeitszeitverkürzung, Verkürzung der Lebensarbeitszeit und flexible Gestaltung. Zumindest für die Verwirklichung des zweiten Vorschlags, nämlich der Verkürzung der Lebensarbeitszeit, haben wir durch die Vorruhestandsregelung, die die Eingliederung auch jüngerer Leute in den Arbeitsprozeß fördert, die ge-

setzliche Voraussetzung geschaffen. Darauf können wir sicher stolz sein. (C)

Ich will eine weitere Feststellung treffen. Für alle Gewerkschaften ist die Arbeitszeitverkürzung sicher eine zentrale Frage. Aber ich erlaube mir auch die Gegenfrage: Wie würde denn die Opposition lamentieren, wenn wir die Hände in den Schoß legten und nichts dazu sagten?

(Dreßler [SPD]: Sie sollten mal lieber die Beschäftigung bekämpfen! — Gegenruf des Abg. Kolb [CDU/CSU]: Was, die Beschäftigung?)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die verschiedenen Vorschläge zu diesen Formen von Arbeitszeitverkürzung, vor allem auch von einzelnen DGB-Gewerkschaften vorgetragen, zwangen der Bundesregierung diese Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung natürlich auf. Es ist sicher unbestritten, daß bei einer derart zentralen Frage der Arbeitsplatzsicherung und -schaffung die Regierung Farbe bekennen muß. Daraus kann man doch nicht den Vorwurf herleiten, die Bundesregierung habe ihre Neutralitätspflicht verletzt.

Ich erlaube mir eine weitere Frage: Was würden denn die betroffenen Millionen Arbeitnehmer und besonders die Arbeitslosen sagen, wenn sich die Bundesregierung vornehm zurückhielte? Daran schließe ich die Gegenfrage an: Wäre bei Ihrer Argumentation ein politisches Eintreten für die 35-Stunden-Woche nicht auch ein Eingriff in die Tarifautonomie? Aber dazu würden Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, wahrscheinlich nichts sagen. (D)

Ich will auch noch einmal kurz auf die fragwürdige Argumentation der SPD eingehen. Der SPD-Vorsitzende Brandt geizte bei einer Auftaktveranstaltung seiner Partei zu diesem Thema nicht mit einer Vision. Man müsse wissen, so Brandt, daß Arbeitszeitverkürzung auf ein Ziel orientiert sei; entweder man lasse die wirtschaftlichen Dinge treiben, oder man tue seine politische Pflicht.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Sehr richtig!)

Wenn man aber die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu einem gesellschaftspolitischen Problem erklärt, dann kann sich die Bundesregierung in dieser Diskussion nicht politisch enthalten. Darum ist eine Äußerung der Bundesregierung kein Eingriff in die Tarifautonomie.

Ich will am Schluß noch einmal auf die Gefahr hinweisen, daß die Dampfwalze eines Tarifvertrags mit der Wochenarbeitszeitverkürzung keine Rücksicht mehr auf Struktur und Größe der Betriebe, besonders der Klein- und Mittelbetriebe, nimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da die Bundesregierung gerade durch die verschiedenen Vorschläge einzelner Gewerkschaften zum Handeln aufgefordert wurde, ist die politische Diskussion dieses Themas unumgänglich. Wir sehen in dieser Diskussion keine Verletzung der Neutralitätspflicht der Bundesregierung bei den laufenden Tarifverhandlungen. Die Bundesregierung leistet

Keller

- (A) ihren Beitrag für die Arbeitslosen, nicht für Arbeitgeber oder für Gewerkschaften, sondern für diejenigen, die Arbeit suchen. Das ist ihre Pflicht, das ist ihre Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dreßler.

Dreßler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Axel-Springer-Verlag Aktiengesellschaft beschäftigte zum Jahresende 1980 10 357 Arbeitnehmer. Zwei Jahre später hatte der Axel-Springer-Verlag die Belegschaft um 497 Beschäftigte reduziert. Im gleichen Zeitraum erhöhte der Verlag seinen Umsatz um 200 Millionen auf 2,1 Milliarden DM.

(Cronenberg [Arnsberg] [FDP]: Und wieviel mehr sind in der Druckindustrie insgesamt beschäftigt?)

Der Bertelsmann-Konzern, Herr Cronenberg, verringerte von 1980 bis 1982 seine Belegschaft um 1 012 Arbeitnehmer. Der Umsatz wurde im gleichen Zeitraum von 2,8 auf 3 Milliarden DM gesteigert.

(Kolb [CDU/CSU]: Da kommt jetzt Herr Lahnstein! Der macht das sehr gut!)

Die gesamte Branche konnte ihren Umsatz von 1973 bis 1983 — in zehn Jahren — von knapp 12 auf knapp 22 Milliarden DM steigern, aber die Beschäftigtenzahl wurde im gleichen Zeitraum um 40 000 gesenkt. Das ist ein Verlust von knapp 20% aller Arbeitsplätze der Druckindustrie. 1973 sorgten 203 000 Arbeitnehmer für einen Umsatz von 12 Milliarden DM; zehn Jahre später reichten 163 000 aus, um den Umsatz um 45,6% gesteigert zu haben.

(Jagoda [CDU/CSU]: Wie war das eigentlich beim „Vorwärts“?)

Das Ergebnis ist: der Umsatz nahezu verdoppelt, aber die Zahl der Arbeitsplätze um 20% reduziert.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Allein von 1978 bis 1983 — in fünf Jahren — ist in der **Druckindustrie** die reale Arbeitsproduktivität um 20,6% gestiegen.

(Kolb [CDU/CSU]: Wie viele eigene Zeitungen haben Sie geschlossen, Herr Kollege?)

Die Reallöhne erhöhten sich in diesem Zeitraum aber um 6%. Die verbleibenden 14,6%, Herr Kolb, sind nicht in Arbeitszeitverkürzungen geflossen, sondern sie sind bei den Druckunternehmern geblieben.

Bei dieser Ausgangslage hat nun die IG Druck und Papier während der laufenden Verhandlungen gefragt, ob die Bereitschaft bestehe, eine Wochenarbeitszeitverkürzung vorzunehmen, wenn das Kostenargument der Druckunternehmer von der IG Druck und Papier voll aufgenommen wird, d. h. im Klartext: eine stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche zu vereinbaren. Die Antwort der Unternehmer, die sich von der ersten Minute dieses Kampfes um Arbeitszeitverkürzungen bis jetzt auf die totale Unterstützung der Regierung verlassen

konnten, lautete: Aus prinzipiellen Überlegungen lehnen wir jede Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit unterhalb der 40-Stunden-Woche ab, selbst dann, wenn es nichts kostet.

(Zurufe von der SPD: Pfui! — So ist es!)

Das hat nichts mehr mit Ökonomie zu tun, Herr Cronenberg. Das hat nichts mit Kosten zu tun und nichts mit Konkurrenz. Das ist knallharte Machtpolitik.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das ist knallharte Machtpolitik, die mit Unterstützung von Herrn Bundeskanzler Kohl, Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff und Arbeitsminister Blüm betrieben wird.

(Frau Dr. Timm [SPD]: So ist es!)

Aber ich sage Ihnen: Sie haben zu hoch gereizt. Ihre Propagandamaschine ist kein Ersatz für das kleine Einmaleins. Jeder Arbeitnehmer sieht seit Jahren, daß dem betrieblichen Umsatzplus das Beschäftigtenminus gegenübersteht. Vertreter dieser Regierung versuchen nun, die Gewerkschaften an den Rand der Gesellschaft zu drängen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

Gleichzeitig sind sie sich aber nicht zu schade, aus Steuersündern, die das Parteibuch der CDU, der CSU und der FDP haben, treue Demokraten zu machen. Sie sind wirklich eine feine Gesellschaft: das will ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Kolb [CDU/CSU]: Wieviel Spenden habt ihr gekriegt?)

Denjenigen, die hier von Streikschäden faseln, möchte ich einmal sagen: Sie sollten sich lieber einmal um Wirtschaftskriminalität kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Durch Wirtschaftskriminalität werden dieser Gesellschaft nämlich jährlich zweistellige Milliardenbeträge vorenthalten. Wenn Sie sich auf diesem Gebiet betätigen würden, und weniger gegen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, hätten Sie ein dankenswertes Betätigungsfeld.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Bundesminister für Wirtschaft.

Dr. Graf Lambsdorff, Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Es war schon ganz interessant, den Unterschied in der Diktion, aber auch im Inhalt zwischen der Rede des Kollegen Rappe und der Rede des Kollegen Dreßler zu hören.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wessen Position — inhaltlich, vor allem aber auch im Stil der Argumentation — ich vorziehe, brauche ich hier wahrscheinlich niemandem zu sagen.

(Wolfgram [Recklinghausen] [SPD]: Nennen Sie einmal ein Beispiel!)

Bundesminister Dr. Graf Lambsdorff

- (A) — Ich werde mir ein Beispiel daran nehmen, Herr Kollege Wolfram.

Ich muß Ihnen gestehen: Ich fühle mich in dieser **Aktuellen Stunde** mit diesem Thema zu diesem Zeitpunkt — über das Thema habe ich mich genug geäußert; ich sage dazu noch etwas — ausgesprochen unwohl. Daß man sich am Tage, an dem zu einer **Urabstimmung** aufgerufen wird, im Plenum des Deutschen Bundestages in den Tarifstreit einmischen soll, ist schon eine verwunderliche Initiative.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU —
Dr. Vogel [SPD]: Feinfühliges Graf!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich für die Bundesregierung noch einmal sagen, auch für meine eigene Position, wie ich das übrigens vor einigen Wochen hier schon getan habe: Es ist sicher richtig, daß Gewerkschaften in Arbeitsmarktsituationen wie der heutigen ein schwereres Leben haben, mehr Schwierigkeiten haben als in Zeiten der Vollbeschäftigung. Das weiß doch jeder. Es hat niemand bei uns ein Interesse, schwache Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland zu erleben, niemand.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU —
Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- (B) — Herr Kollege Vogel, ich bin gern bereit, noch ein paar Argumente von der Tagung des Verbandes Deutscher Schriftsteller, vom Auftreten des Vorsitzenden der IG Druck und Papier gegen die Schriftsteller Böll, Grass und Lenz zu liefern. Dabei ist gar von „fünfter Kolonne“ gesprochen worden. Ich bin gerne bereit Ihnen darüber Auskunft zu geben, warum der Deutsche Journalistenverband seit den Nürnberger Beschlüssen Ihrer Gewerkschaft, Herr Dreßler, die Verhandlungen zur Gründung einer Mediengewerkschaft aufgegeben hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Aber vielleicht sollten wir das jetzt hier nicht vertiefen.

Ich bin der Auffassung und die Bundesregierung ist der Auffassung, daß wir handlungsfähige, starke **Gewerkschaften** in der Bundesrepublik Deutschland brauchen. Wir haben sie in den vergangenen Jahren gehabt. Wir sind gut mit ihnen gefahren. Das bedeutet nicht, daß man jeder Forderung und jeder Anregung unwidersprochen nachgibt; das bedeutet nicht, daß es nicht auch kontroverse Positionen gibt und geben kann. Aber an der Grundsatzposition ändert sich nichts.

Die Frage, wer diese Auseinandersetzung, die jetzt geführt wird, zu einer Grundsatzfrage hochstilisiert hat über die Rolle der Gewerkschaften, nicht zu einer Frage in einer Tarifaufeinandersetzung — Herr Kollege Rappe, ich muß Sie doch nicht erinnern daran, daß Herr Steinkühler davon gesprochen hat, es gehe um Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften,

(Zurufe von der SPD: Tabu!)

- (C) daß Herr Jantzen davon gesprochen hat, es gehe um die Existenzberechtigung der Gewerkschaften.

(Dr. Vogel [SPD] sowie weitere Zurufe von
der SPD: Tabu!)

— Und wenn der Herr Vogel so häufig „Tabu“ ruft, erinnere ich ihn daran, daß ich schon im vorigen Jahr die deutschen Arbeitgeberverbände aufgefordert habe, aus den Tabu-Schützengräben in dieser Frage herauszuklettern. Ich habe da gar keinen Nachholbedarf.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, noch einmal: Schwache Gewerkschaften will niemand, aber wir wollen natürlich eine Diskussion erleben, in der auch in dieser schwierigen Frage die Flexibilität so gesehen und so gehandhabt wird, wie Herr Rappe das eben dargestellt hat. Es bestreitet ja niemand von uns — gestern in der Fragestunde ist meine Rede von der Hannover-Messe noch einmal zitiert worden —, daß, flexibel eingesetzt, Arbeitszeitverkürzung eine Rolle spielen kann, eine hilfreiche Rolle spielen kann. Ich sehe durchaus den Unterschied, Herr Rappe, den Sie gesehen haben, daß es an taktgebundenen Bändern anders aussieht als in anderen Industriebereichen.

(Dr. Vogel [SPD]: Dann sagen Sie es
doch!)

— Ich sage es ja. Nur, Herr Vogel, es ist doch wohl eine etwas weitreichende Gleichsetzung, zu glauben, daß die ganze Metallindustrie an taktgebundenen Bändern arbeitet.

(D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wie stellen Sie sich das eigentlich in einem mittelständischen Betrieb vor? Flexible Regelungen, auf den Einzelfall bezogene Regelungen ja; diese Regelung, die hier vorgeschlagen wird, übergestülpt: nein, dies geht nicht.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

Nun füge ich allerdings hinzu: Starke Gewerkschaften ja, aber bitte auch verantwortungsbewußte Führung dieser Gewerkschaften.

(Zurufe von der SPD)

Im allgemeinen ist dies der Fall, das möchte ich ausdrücklich bescheinigen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe auf die unterschiedliche Sprachweise hingewiesen. Wir haben heute dazu Beispiele vernommen. Wer z. B. verfolgt und liest, Herr Kollege Rappe und die Herren Kollegen von der SPD, wie der in Gewerkschaftskreisen so genannte „Kollege Dr. Hensche“ den Sinngehalt dieser Tarifaufeinandersetzung sieht, der weiß, daß das mit Arbeitsplätzen, mit der Verbesserung der Einkommenssituation überhaupt nichts zu tun hat, sondern daß eine andere Republik gewollt wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Diesem Weg zur anderen Republik, dem werden wir uns allerdings mit aller Deutlichkeit entgegenstellen. Ich füge hinzu, meine Damen und Herren: Ich bin sicher, auch wenn Sie mir das jetzt nicht bestä-

Bundesminister Dr. Graf Lambsdorff

- (A) tigen können und werden, daß auf diesem Wege der Kollege Rappe und auch andere Kollegen aus Ihrer Fraktion, die gewerkschaftsverbunden sind — wenn ich an Adolf Schmidt denke —, nicht mitgehen werden.

(Zuruf des Abg. Kleinert [Marburg] [GRÜ-NE]: Das definieren Sie, ausgerechnet Sie!)

— Nein, ich definiere das gar nicht, ich lese, was Herr Hensche sagt. Ich habe Ohren zu hören und Augen zu lesen.

Nun aber zu unserem Thema. Es kann nicht bezweifelt werden, daß Herr Rappe recht hat, wenn er davon spricht, daß bei Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich die **Sozialversicherungssysteme** in Schwierigkeiten geraten. Ich habe in unzähligen öffentlichen Reden auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht. Wir stecken hier in einem dicken Dilemma; aber in einem selbstgeschaffenen Dilemma, denn wir alle miteinander haben doch diese Finanzierungssysteme der Sozialversicherung auf die Beine gestellt. Diese Abhängigkeiten haben wir doch gewollt. Die sind doch durch unser Zutun zustande gekommen. Die sind doch nicht vom Himmel gefallen.

Daß wir uns hier über eine Lösung unterhalten, die da lautet, durch **Verteuerung der Arbeit** solle **Arbeitslosigkeit** beseitigt werden, das ist in der Tat unlogisch und abwegig. Dies kann keinen Erfolg haben.

- (B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen ist Ihr Beispiel, Herr Rappe, ein Streik sei billiger als die Zahl der Arbeitslosen, falsch. Denn der Streik, schafft noch mehr Arbeitslose. Er gefährdet Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich kann wirklich nur an jeden eindringlich appellieren, bevor er diesem Streik das Wort redet, zu überlegen: Tut er etwas für die Arbeitslosen, oder tut er etwas gegen die Arbeitslosen? Hat der gestern in einer Zeitung zitierte Arbeitnehmer recht, der gesagt hat: Wenn ich drei Wochen streike, streike ich meinen eigenen Arbeitsplatz kaputt, streike ich sogar gegen die Sicherheit des noch vorhandenen eigenen Arbeitsplatzes? Ist unsere wirtschaftliche Entwicklung schon so gefestigt, daß wir uns alle Risiken leisten können?

Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam: Hier geht es ums Nachdenken. Es geht nicht um Fragen von Sein oder Nichtsein, Stärke oder Schwäche einer Organisation. Es geht um Arbeitslose. Es geht um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes.

Diese 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich schafft Arbeitsplätze, jawohl. Aber ich komme ja gerade von da, wo sie Arbeitsplätze schafft: in Ostasien. Und wir wollen sie in Duisburg, Bremen, Gelsenkirchen und Mannheim.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Abgeordnete Roth. (C)

(Kittelmann [CDU/CSU]: Das Wort hat der 30-Stunden-Roth!)

Roth (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer Bemerkung bin ich mit meinem Vorredner einig, nämlich darin, daß zu dieser Zeit eine Aktuelle Stunde, was den Tarifikampf betrifft, einen zweifelhaften Wert hat. In dieser Phase müßte jedenfalls die Politik versuchen, zu helfen, daß jede Chance zum Kompromiß ausgelotet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich glaube nicht, daß eine Parlamentsdebatte in einer Phase besonders nützlich sein kann, in der die Tarifautonomie, was Verhandlungsmöglichkeiten betrifft, die Endstufe erreicht. Das heißt aber nicht, daß die Politik keine Verantwortung dafür hat.

Genau an der Stelle habe ich mich nun wirklich, Graf Lambsdorff, über Ihre Chuzpe gewundert. Sie waren in Japan und haben sich aus Japan täglich massiv in den deutschen Tarifikampf eingemischt, und jetzt kommen Sie her und spielen den braven Mann.

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie sich in Fernost nicht klargemacht, welchen Sinn und welche Wirkung es eigentlich hat, von dort auf seiten der Arbeitgeber gegen die Gewerkschaften Stellung zu nehmen? Das mußte jenseits von all dem, was Sie gesagt haben, äußerst provokativ auf die Arbeitnehmerseite wirken. (D)

(Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: So war es ja auch gemeint!)

Nun kommen Sie hierher und sagen: Sie wollen keinen Streik; Sie wollen keine Aussperrung; Sie wollen möglichst einen Kompromiß. Graf Lambsdorff, Sie haben durch die völlige Gesprächsunfähigkeit Ihrer Person und leider auch des Bundeskanzlers gegenüber den Gewerkschaften jede Fähigkeit zur Vermittlung verloren und sind mitverantwortlich, wenn es zum Streik kommt.

(Beifall bei der SPD)

Sie scheuen ja nicht einmal davor zurück, die **Verhandlungssituation** zu verfälschen. Es ist doch nicht so, wie Sie in Japan immer getan haben, daß irgend jemand in der IG Metall oder der IG Druck und Papier die 35-Stunden-Woche auf einen Schlag wollte.

(Kolb [CDU/CSU]: Oh, das war die ursprüngliche Forderung!)

Zu dem Zeitpunkt, als Sie dort Stimmung machten, war völlig klar, daß die IG Metall eine **Stufenlösung** akzeptiert. Aber zu diesem Zeitpunkt war auch klar, daß die Arbeitgeberverbände immer noch in ihrem Schützengraben sitzen, der heißt: 40-Stunden-Woche und keine Sekunde darunter. Das ist die Lage.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn die Lage aber so ist, Graf Lambsdorff, dann hätten Sie heute hier nicht mit Detlef Hensche herumpolemisieren und ihn attackieren dürfen, son-

Roth

- (A) dern Sie hätten sagen müssen: Gesamtmetall, kommt aus dem Schützengraben heraus, seid endlich verhandlungsfähig zum eigentlichen Thema!

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie hier verschwiegen. Sie haben die letzte Chance ausgelassen, zu Vermittlungen beizutragen.

Diese Bundesregierung verschärft den Konflikt und hilft nicht, den sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland zu wahren und zu kräftigen.

(Beifall bei der SPD — Kittelmann [CDU/CSU]: Der Scharfmacher sind Sie, Herr Roth!)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Abgeordnete Lippold.

Dr. Lippold (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Ich darf noch auf einige Debattenbeiträge dieser Diskussion eingehen. Vorweg möchten wir noch einmal unterstreichen und betonen: Uneingeschränktes Ziel der Unionsparteien ist es, **mehr Arbeit** zu schaffen, mehr Arbeit für Arbeiter, für Angestellte, für Jugendliche, für Auszubildende. Dieser Ansatzpunkt unterscheidet sich fundamental von dem, was wir von Ihnen, Herr Kleinert, als Position der GRÜNEN haben hören müssen, und auch von dem, was in der Diskussion durch die SPD immer wieder verlautbart wird.

- (B) (Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Quatsch! Sie tun doch nichts gegen die Arbeitslosigkeit!)

Es kann nicht darum gehen, Arbeit umzuverteilen, sondern es muß mehr Arbeit geschaffen werden. Der Grundansatz, den Sie bringen, ist doch falsch. Den haben Sie nach dem Krieg bereits einmal gebracht. Das ist aber keine Lösung des Problems, vor dem wir stehen.

Es geht deshalb in dieser Debatte auch darum, aufzuzeigen, was der richtige Weg ist, um aus den verfehlten auch strukturellen Ansätzen Ihrer Wirtschaftspolitik herauszukommen, die uns doch in diese Arbeitslosigkeit hineingeführt hat.

(Frau Fuchs [SPD]: Immer noch Erblast? Lächerlich!)

Es ist doch ganz eindeutig so, daß die Bundesregierung, daß verantwortliche Politiker dazu nicht schweigen können, nicht schweigen dürfen; es ist ihre Pflicht, zu sagen, wo der richtige Weg langgeht, wie wir aus dieser Situation, aus dieser Arbeitslosigkeit herauskommen. Das ist keine Parteinahme, es ist Pflicht des Bundeskanzlers, es ist Pflicht des Arbeitsministers, sich zu dieser Frage zu äußern, genauso wie das die Pflicht des Wirtschaftsministers ist.

Eine andere Frage, die hier angesprochen worden ist: Herr Lutz, ich gebe Ihnen völlig recht, daß der Zeitpunkt dieser Diskussion, dieser Debatte sicherlich nicht glücklich gewählt ist, daß wir hier die Aufgabe haben, über unsere Beiträge Brückenschläge zu erleichtern, aber nicht die Aufgabe, die Fronten

zu verhärten. Nur, Herr Lutz, es ist eine Sache, hier zu sagen, der Zeitpunkt sei unglücklich gewählt, und eine andere Sache, dann ganz eindeutig Partei zu ergreifen, die Fronten zu vertiefen, statt aufzuzeigen, wie man aus dem Graben herauskommen kann.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube, das ist der völlig falsche Weg.

Herr Roth, das ist doch auch der Punkt, den Sie jetzt noch einmal deutlich unterstrichen haben. Alles das, was Sie der anderen Seite vorwerfen, tun Sie selbst. Sie haben damals gesagt: **Eingriff in die Tarifautonomie**, haben es sich aber nicht nehmen lassen, permanent zu den anstehenden Fragen zu sprechen. Ich finde, es ist wirklich kein guter Stil, auf der einen Seite zu sagen, das, was die anderen machen, sei falsch, sich selber aber genau der gleichen Mittel und Argumente zu bedienen.

(Dr. George [CDU/CSU]: Rote Scheinheiligkeit!)

Herr Dreßler, wir müssen auch noch einmal ganz deutlich sagen: Das ist keine **Politik der Union** gegen die **Gewerkschaften**. Die Gewerkschaften und auch die Arbeitnehmer wissen, daß diese Union das Verdienst der Gewerkschaften um den Wiederaufbau immer anerkannt, das verantwortliche Handeln der Gewerkschaftsführer respektiert und das Gespräch mit ihnen gesucht hat und sucht und immer gesprächsbereit war. Das widerlegt auch die Behauptung, die soeben aufgestellt wurde, der Bundeskanzler sei nicht gesprächsbereit. Aber wir müssen auch feststellen, daß Gewerkschafter immer gehandelt und argumentiert haben mit dem Blick auf das wirtschaftlich Machbare. Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aber ist wirtschaftlich nicht machbar, ist nicht darstellbar; sie schafft keine Arbeitsplätze, sondern sie vernichtet Arbeitsplätze.

Herr Rappe — es ist in den Ausführungen des Wirtschaftsministers gerade schon angeklungen —, es geht doch nicht darum, daß Arbeitslosigkeit mehr als ein Streik kostet, sondern es geht darum, ob dieser Streik mithilft, uns aus der Arbeitslosigkeit herauszuführen. Das tut er nicht. Ein Streik ist völlig ungeeignet, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Er gefährdet die Sicherheit der bestehenden Arbeitsplätze. Die Arbeitnehmer in den Betrieben wissen das ganz genau. Deshalb muß sich doch Ihre Argumentation auch einmal daran orientieren, was von der Mehrheit der Bevölkerung, von der weitaus überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, was von der Mehrheit der Arbeitnehmer und auch von großen Teilen der Gewerkschaften für richtiger gehalten wird. Das ist nicht die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, sondern das ist die Frage der Lebensarbeitszeitverkürzung.

Mit der **Vorruhestandsregelung** haben wir doch des weiteren nicht in die Tarifautonomie eingegriffen, sondern wir haben ganz im Gegenteil das Arbeitsfeld, den Handlungsspielraum der Gewerkschaften erweitert. Hier ist eine zusätzliche Möglichkeit. Wir wissen doch, daß dies auch Wunsch der Arbeitnehmer ist. Wir wissen doch auch, daß Ge-

Dr. Lippold

- (A) werkschaften davon Gebrauch machen. Das ist kein Auseinanderdividieren von Gewerkschaften, sondern das ist lediglich das Aufzeigen eines vernünftigen, eines alternativen Weges.

Ich sage noch einmal: Was wir nicht brauchen, ist Arbeitskampf. Wir brauchen Arbeit, wir brauchen sozialen Frieden im Interesse aller Arbeitnehmer und ganz besonders im Interesse der Arbeitslosen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoss.

Hoss (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich als Metallarbeiter für die GRÜNEN auf den Grund hinweisen, warum wir die Aktuelle Stunde beantragt haben: Es ist der massive Eingriff von Seiten der Regierungskoalition und der Bundesregierung und Vertretern der CDU wie Herrn Barzel, der unmittelbar vor der Urabstimmung gesagt hat, daß die Tarifforderung nach der 35-Stunden-Woche den Staat in Frage stelle.

(Frau Fuchs [SPD]: Unglaublich!)

Das ist ein massiver **Eingriff in die Tarifautonomie**.

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ich das im Zusammenhang mit dem gestern vorgestellten Gesetzentwurf über eine Amnestie für die Parteispender aus der Industrie bringe, dann weiß ich jetzt, warum Sie sich der Industrie in dieser Weise verpflichtet fühlen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Problem besteht darin: Die Mittel, die die Regierung bis zum Tag der Urabstimmung aufgeben hat, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, reichen nicht aus, um der Sache Herr zu werden. Der Vorruhestand, der jetzt Gesetz geworden ist und der nach Ihren eigenen optimistischsten Darstellungen höchstens 200 000 Arbeitsplätze neu besetzt, bringt uns in die Situation, daß immer noch über 2,2 Millionen Arbeitslose vorhanden sind. Auch das Wirtschaftswachstum, das Sie betreiben, führt nicht dazu, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen.

Ich möchte Ihnen, Herr Lambsdorff, noch ein Musterbeispiel aus der Automobilindustrie zeigen, daß Ihre Politik des Wachstums nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt. Bei Daimler-Benz sind im März in der Aufsichtsratssitzung Investitionsprogramme über 10,8 Milliarden DM bis 1988 mit dem Ziel beschlossen worden, bei gleicher Belegschaft 100 000 Pkws mehr zu produzieren.

(George [CDU/CSU]: Aber die gleiche Belegschaft zu halten!)

Das geschieht in einer Branche, in der wir von höchstem Wachstum sprechen. Die anderen hängen dabei hinten nach. (C)

(Kolb [CDU/CSU]: Und wie würden Sie es machen?)

Deshalb ist Ihre Politik, Herr Blüm, wenn Sie sagen, Sie stünden auf der Seite der Arbeitslosen, mit dieser Wachstumspolitik nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie stehen nicht auf der Seite der Arbeitslosen, sondern auf der Seite dieses Wachstumskurses. Der ist allerdings so geartet, daß er nicht dahin führt, die **Massenarbeitslosigkeit** zu bekämpfen. Das ist die Politik, die Frau Thatcher in den letzten Jahren in England durchgeführt hat. Sie haben kein anderes Konzept. Deshalb sind Sie daran interessiert, mit Ihren Äußerungen die Gewerkschaften zwar nicht kaputtzumachen, sie aber etwas kleiner, schwächer zu machen, damit sie nicht mehr genügend Kraft haben, gegen Ihren Wachstumskurs anzugehen. Denn Sie brauchen die Gewerkschaft auch noch als Ordnungsfaktor. Das will ich Ihnen gerne konzedieren.

(Beifall bei den GRÜNEN — George [CDU/CSU]: Vor allem bei Mercedes! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Hoss (GRÜNE): Der Kampf, der jetzt um die 35-Stunden-Woche geführt wird, ist die einzige soziale Bewegungskraft, die wir haben, um diesen Kreislauf Ihrer Wachstumspolitik zu durchbrechen. Deshalb steht die volle Solidarität der GRÜNEN zu den Metallarbeitern und IG-Druck-Leuten, die heute die Urabstimmung machen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Grünbeck.

Grünbeck (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Diskussion um die 35-Stunden-Woche und auch diese Sitzung heute verfolgt — nicht nur als Politiker, sondern möglicherweise auch als Unternehmer —, dann ist man tief betroffen. Die Frage stellt sich nämlich wirklich: Ist das eigentlich noch ein Tarifstreit, oder ist das ein Ideologiestreit, den wir hier im Plenum veranstalten?

(Zurufe von der SPD)

Sie machen der Bundesregierung den Vorwurf, daß sie sich massiv in die öffentliche Auseinandersetzung einmisch, und Sie tun im Grunde genommen das gleiche. Ich frage mich nur, wie Sie folgendes zur Übereinstimmung bringen wollen: Auf der einen Seite wollen Sie die Bundesregierung für die Beschäftigung, für die soziale Gerechtigkeit, für die Steuereinnahmen verantwortlich machen, und auf der anderen Seite sagen Sie dann, wenn sie sich zu Wort meldet, das sei nicht richtig.

Grünbeck

- (A) Ich glaube, daß in der ganzen öffentlichen Diskussion — und auch heute wieder — ein Punkt zu kurz kommt oder gar nicht in Erwägung gezogen wird: Man will die **35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich**. Dieser volle Lohnausgleich ist der Punkt, über den wir uns unterhalten müssen. Welche Folgen hat denn das? Ich bin sehr dankbar, Herr Kollege Rappe, für Ihre Ausführungen. Wenn man sich mit allen Gewerkschaftsvertretern so sachlich auseinandersetzen könnte, dann wäre die Auseinandersetzung nicht bei der Schärfe angelangt, mit der sie jetzt geführt wird.

Nur eines muß ich Ihnen natürlich dazu sagen. Der Herr Bundeswirtschaftsminister hat schon darauf hingewiesen, daß auch die metallverarbeitenden Betriebe nur zum Teil — und zwar zum kleineren Teil — an die taktgebundenen Straßen gebunden sind. Die mittelständische Wirtschaft verfügt darüber überhaupt nicht.

Welche Folgen hätte das denn? Auch bei den taktgebundenen Straßen muß man folgendes bedenken: In Japan werden etwa 400 Nettoarbeitsstunden mehr pro Jahr geleistet, und in den USA sind es etwa 200 Stunden mehr. Sie müssen doch auch einmal die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der großen **Metallindustrie** ins Auge fassen. Die Folge wäre doch, daß wir, wenn wir nicht wettbewerbsfähig bleiben, Arbeitsplätze verlieren und nicht hinzugewinnen.

- (B) Ich kann nur wiederholen, was der englische Wirtschaftsminister vor kurzem im englischen Parlament gesagt hat. Die Engländer freuen sich über unsere Diskussion über Arbeitszeitverkürzung; das entlastet ihren Arbeitsmarkt, aber doch nicht unseren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Wirtschaftsminister ist in Japan oft genug auf die deutsche Diskussion um die 35-Stunden-Woche angesprochen worden. Sie waren doch zum Teil dabei.

Es ist ja nahezu abenteuerlich, Herr Kollege Hoss, wenn Sie beklagen, daß Daimler-Benz 10,8 Milliarden DM Investitionen beschlossen hat. Wo wollen Sie denn überhaupt neue Arbeitsplätze hernehmen wenn nicht durch Investitionen?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU —
Kolb [CDU/CSU]: Die wollen zurück zur
Steinzeit! — Zurufe von den GRÜNEN)

Ich freue mich darüber, daß Daimler-Benz 10,8 Milliarden DM investiert, und auch darüber, daß es 100 000 neue Pkw produziert, weil diese Firma damit entscheidend wettbewerbsfähiger wird.

Was machen wir denn im nationalen Markt mit der 35-Stunden-Woche? Meine Damen und Herren, ein Stichwort ist heute noch gar nicht gefallen. 1982 wurde in einer Schweizer Untersuchung festgestellt, daß in der Bundesrepublik Deutschland etwa 100 Milliarden DM Umsatz in der **Schattenwirtschaft** anfallen, mit steigender Tendenz,

(Kolb [CDU/CSU]: Wir sind schon weit höher!)

bei einem Lohnsteuerausfall von etwa 20 Milliarden DM und bei einem Ausfall von Sozialabgaben von 30 Milliarden DM. Wollen Sie denn diese Tendenz fortsetzen? (C)

(Dr. Vogel [SPD]: Am besten Amnestie für Schwarzarbeit! — Kolb [CDU/CSU]: Sie verstehen etwas von Jura, aber nichts von Volkswirtschaft, Herr Vogel!)

— Herr Vogel, wenn man Sie lange Jahre beobachtet und auch geschätzt hat und jetzt manchmal Ihre Zwischenrufe hört, dann fragt man sich: Mein Gott, Herr Vogel, wie haben Sie sich verändert?

(Beifall bei der FDP — Horacek [GRÜNE]:
Manche lernen wenigstens dazu, aber Sie nicht!)

Aber ich störe mich nicht daran. Ich sage Ihnen, daß wir das Problem der illegalen Schattenwirtschaft einmal untersuchen müssen, denn die Steuerausfälle — —

(Zurufe von der SPD)

— Das ist doch nicht soziale Gerechtigkeit, was Sie da wollen. Fragen Sie einmal Ihre Arbeitnehmer, wie erbost die sind, wenn sie sehen, daß, während sie zur Arbeit gehen, brav und treu ihre Pflicht erfüllen, ihre Steuern und Abgaben abführen, Sie eine Amnestie für illegale Schwarzarbeit befürworten.

(Dr. Vogel [SPD]: Ach was! Sie machen doch eine Amnestie! Das mit der Amnestie ist doch Ihr Einfall!)

Ich sage Ihnen zum Schluß nur eines: Ich stelle noch einmal die These auf, ob es Ideologie ist oder Tarifstreit — — (D)

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Dreßler [SPD]: Das ist auch gut so!)

Ich bitte Sie, das Rednerpult freizugeben.

Grünbeck (FDP): Ich will Ihnen nur eines sagen — —

Vizepräsident Stücklen: Herr Abgeordneter, ich bitte, die Redezeit einzuhalten.

Grünbeck (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat Frau Abgeordnete Fuchs.

Frau Fuchs (Köln) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Machen Sie sich keine Illusionen, daß es Ihnen gelingen könnte, die Gewerkschafter in der sozialdemokratischen Fraktion auseinanderzuidividieren. Sie werden unsere Solidarität in dieser Frage erleben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Man kann nicht starke Gewerkschaften fordern, ihnen aber Verantwortungsbewußtsein absprechen, wenn sie konsequent Arbeitnehmerinteressen ver-

Frau Fuchs (Köln)

- (A) treten. Dazu gehört auch das **Streikrecht**, das im Grundgesetz verankert ist.

(Kittelmann [CDU/CSU]: Das zweifelt doch keiner an!)

Nicht der Arbeitskampf gefährdet den sozialen Frieden, sondern Tabukataloge der Arbeitgeber und die einseitige Parteinahme dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Die sozialen Sicherungssysteme, Graf Lambsdorff, sind so geschnitten, wie wir sie gebastelt haben — richtig! Aber Sie müssen doch mit Massenarbeitslosigkeit fertig werden. Der Staat hat die Verantwortung, auch zur Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit beizutragen, und da ist auch der Bundeshaushalt gefordert. Deswegen ist es unfair, den **sozialen Sicherungssystemen** allein die **Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit** zuzuschieben.

(Beifall bei der SPD — Jagoda [CDU/CSU]: 30 Milliarden Zinsen durch Ihre Schulden!)

Die Bundesregierung sucht einen Sündenbock, damit eine Abschwächung des Aufschwungs den Tarifvertragsparteien allein in die Schuhe geschoben werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Die neuen Arbeitsmarktdaten sehen ja interessant aus: 20 000 Arbeitslose mehr, wenn Sie die saisonbereinigten Zahlen durchgehen. Das heißt: Der Aufschwung geht am Arbeitsmarkt total vorbei. Wir werden mit zunehmender Arbeitslosigkeit zu rechnen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Bundesregierung setzt auf **Gewöhnung an Arbeitslosigkeit**. Ich habe noch keinen, der gegen die Arbeitszeitverkürzung ist, sagen gehört, wie er denn sonst zum Abbau von Arbeitslosigkeit beitragen will.

(Dr. George [CDU/CSU]: Zuhören!)

Deswegen sage ich noch einmal: Sie wollen, daß sich die Menschen an Arbeitslosigkeit gewöhnen, weil das in Ihr Konzept paßt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN — Zurufe von der CDU/CSU: Unverschämte! — Unterstellung!)

Wir haben vor vier Wochen darauf hingewiesen, daß eine Bundesregierung vermittlungsfähig sein muß. Ich bin dankbar, daß dies zumindest heute begriffen wurde, daß auch die Bundestagsabgeordneten sozusagen in letzter Sekunde noch einmal an beide Verhandlungspartner, vor allen Dingen an die Arbeitgeberverbände, appellieren, aus ihrem Graben herauszugehen, weil die bisher jeden Kompromiß abgelehnt haben.

(Kolb [CDU/CSU]: Was Metall angeboten hat, war gewaltig!)

Aber ich sage das auch ganz offen: Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen in der IG Metall und von

Druck und Papier viel Erfolg bei ihren Urabstimmungen. Und den werden sie auch bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kolb.

Kolb (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen irgendwie wieder einmal auf Grundsätze der Volkswirtschaft zurückkommen. Das bedeutet für Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die hergestellten Produkte muß man verkaufen können, und ein Betrieb ist verpflichtet, Gewinn zu erzielen. — Wenn Sie dies nicht glauben, dann gehen Sie zu Co op, zur Neuen Heimat. Die unterliegen diesen Grundsätzen.

Herr Kollege Dreßler, da Sie gerade so nicken: Ich kann mich daran erinnern, daß die SPD jede Menge parteieigene Zeitungen geschlossen hat, weil sie nicht mehr rentabel waren. Die Mitarbeiter des „Telegraf“ in Berlin haben einen Tag vorher erfahren, daß am nächsten Tag der Laden geschlossen wird, weil Ihr Schatzmeister gesagt hat, er könne es nicht mehr finanzieren.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. George [CDU/CSU]: Herr Vogel, zuhören! So geht das!)

Nun läuft ja eine ganz eigenartige Diskussion. Da sind Gewinne erzielt worden, und es wird gesagt aus diesen Gewinnen oder **Rücklagen** könne man die **Verkürzung der Arbeitszeit** finanzieren. Wie ist es aber mit den Betrieben, die diese Rücklagen nicht haben? Da sind z. B. der gesamte Bergbau, die Stahlindustrie, die Werften, die Deutsche Bundesbahn. Lieber Kollege Roth, Sie haben das letzte Mal gesagt, der Eingriff in die Tarifautonomie bei ARBED Saarstahl sei so ungeheuerlich.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Richtig — Zuruf von der SPD: Ist er auch!)

— Das ist ja hervorragend, meine Damen und Herren. — Uns hätte ARBED Saarstahl nicht interessiert, wenn die nicht hierhergekommen wären, die Hände aufgehoben und gesagt hätten: 2 Milliarden DM bitte, sonst geht es nicht mehr!

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Das sagen Sie mal im Saarland! — Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Däubler-Gmelin, Sie haben gerade eine wegwerfende Handbewegung gemacht. Sie haben in der letzten Debatte gesagt: Made in Germany ist wichtig. Nun muß ich Sie fragen: Wie viele Produkte kaufen wir, die nicht mehr Made in Germany sind, weil sie nicht mehr hier hergestellt werden können, weil sie zu teuer geworden sind?

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

— Sie wollen Ideologie verkaufen.

(Dr. Vogel [SPD]: Sie wollen eine Amnestie verkaufen!)

(C)

(D)

Kolb

- (A) — Herr Kollege Vogel, Sie sind ein hervorragender Jurist,

(Beifall bei der SPD)

aber von Volkswirtschaft verstehen Sie nichts, und das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Bindig [SPD]: Sie verstehen von beidem nichts! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Herr Kollege Bindig, ich würde da etwas vorsichtiger sein. Ich weiß, wie man einen Betrieb führt; Sie sind nicht dazu fähig. Das ist der Unterschied.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Dreßler, Sie haben vorhin den Bertelsmann-Verlag genannt. Ich darf Sie fragen: Wer ist denn dort? Ist dort nicht ein gewisser Herr Lahnstein, ein Genosse von Ihnen? Fragen Sie ihn einmal, warum Bertelsmann dies tut.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Wir wollen uns nicht darüber streiten, wir wollen es genau wissen!)

Noch eine Frage an Sie, Herr Kollege Dreßler. Sie haben das letzte Mal zur Transporterherstellung bei VW gesagt, daß diese nicht mehr zu verkaufen seien, und deswegen müßten dort Leute freigesetzt werden.

(Dreßler [SPD]: Das habe ich gesagt?)

— Natürlich, das ist im Protokoll nachzulesen.

- (B) (Dreßler [SPD]: Sie müssen das Protokoll lesen!)

Wenn VW aber die höchsten Lohnnebenkosten hat, muß man sich nicht wundern, wenn ausländische Transporter hier mehr als bei uns hergestellte verkauft werden. Deswegen sollten Sie auf den Ton eingehen, den der Kollege Rappe angeschlagen hat.

Herr Kollege Rappe, Sie kennen die Wirtschaft hervorragend, und Sie wissen um die Schwierigkeiten der Chemieindustrie, und Sie wissen auch, Herr Kollege Rappe, wie schwierig manche Produkte der Chemieindustrie zu verkaufen sind. Sie wissen genauso um die **Schwierigkeiten von Klein- und Mittelbetrieben**. Es ist sehr schön, daß Sie, Kollege Roth, immer sagen: Der Mittelstand ist wichtig.

(C) Haben Sie einmal die Zahlen nachgelesen, wie viele Klein- und Mittelbetriebe in den letzten Jahren Ihrer Regierungszeit Konkurs machen mußten, wie viele Hunderttausende von Arbeitsplätzen dort verlorengegangen sind?

(Zurufe von der SPD: Und jetzt?)

— Viel weniger, meine Damen und Herren.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Das ist der Unterschied: Wir treiben die richtige Politik, und wir haben gewarnt.

(Erneute Zurufe von der SPD)

— Herr Kollege Vogel, wenn Ihr Glaube selig machen würde, dann muß ich Sie fragen, warum Sie nicht Betriebe eröffnen. Sie haben doch das hervorragende Rezept.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie kritisieren nur die anderen, und deswegen kann ich sagen: Es wird sehr unterschiedlich vorgegangen werden müssen, und wenn man unterschiedlich vorgeht, werden auch die Tarifpartner wieder ihrer Verantwortung gerecht werden, die sie für die Arbeitsplätze tragen. Das sollten wir zusammen tun und nicht immer nur die eine Seite der Medaille zeigen und die andere verleugnen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) **Vizepräsident Stücklen:** Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Meine Damen und Herren, unter dem amtierenden Präsidenten Westphal sind zwei Zwischenrufe gemacht worden, die ich mit einem Ordnungsruf belegen muß, und zwar Frau Abgeordnete Dr. Vollmer für den Ausdruck „Heuchler“ und den Abgeordneten Dolata für den Ausdruck „Heuchlerin“.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluß unserer Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Donnerstag, 24. Mai 1984, 14 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 10.15 Uhr)

(A)

Anlage 1**Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Ahrens *	4. 5.
Bamberg	4. 5.
Boroffka	4. 5.
Büchner (Speyer) *	4. 5.
Burgmann	4. 5.
Buschfort	4. 5.
Carstensen (Nordstrand)	4. 5.
Catenhusen	4. 5.
Dr. Enders	4. 5.
Gallus	4. 5.
Hartmann	4. 5.
Hauser (Krefeld)	4. 5.
Hiller (Lübeck)	4. 5.
Frau Huber	4. 5.
Ibrügger	4. 5.
Jäger (Wangen)	4. 5.
Jaunich	4. 5.
Klose	4. 5.
Frau Krone-Appuhn	4. 5.
Linsmeier	4. 5.
Dr. Mikat	4. 5.
Dr. Müller *	4. 5.
Müller (Remscheid)	4. 5.
Nagel	4. 5.
Neumann (Bramsche)	4. 5.
Offergeld	4. 5.
Paterna	4. 5.
Pauli	4. 5.
Polkehn	4. 5.
Porzner	4. 5.
Sander	4. 5.
Sauer (Salzgitter) **	4. 5.
Frau Schmidt (Nürnberg)	4. 5.
Schröder (Hannover)	4. 5.
Frau Dr. Skarpelis-Sperk	4. 5.
Dr. Freiherr Spies von Büllersheim	4. 5.
Spilker	4. 5.
Dr. Stark (Nürtingen)	4. 5.
Graf Stauffenberg	4. 5.
Frau Steinhauer	4. 5.
Stockleben	4. 5.
Voigt (Sonthofen)	4. 5.
Graf von Waldburg-Zeil	4. 5.
Windelen	4. 5.
Wissmann	4. 5.
Würtz	4. 5.

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

** für die Teilnahme an Sitzungen der Nordatlantischen Versammlung

Anlage 2**Amtliche Mitteilungen**

Der Präsident hat gemäß § 80 Abs. 3 der Geschäftsordnung die nachstehenden Vorlagen überwiesen:

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung über die Lage der Behinderten und die Entwicklung der Rehabilitation (Drucksache 10/1233)

zuständig: Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (federführend)

Sportausschuß

Ausschuß für Wirtschaft

Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Ausschuß für Forschung und Technologie

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Unterrichtung durch die Bundesregierung: Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats und der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Oktober 1983 bis zum 31. März 1984 (Drucksache 10/1259)

zuständig: Auswärtiger Ausschuß (federführend)

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Unterrichtung durch das Europäische Parlament: Entschließung „Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung in Europa“ (Drucksache 10/1263)

zuständig: Ausschuß für Wirtschaft

Unterrichtung durch das Europäische Parlament: Entschließung zu einer Gaspolitik der Europäischen Gemeinschaft (Drucksache 10/1264)

zuständig: Ausschuß für Wirtschaft

Unterrichtung durch das Europäische Parlament: Entschließung zum Scheitern der Tagung des Europäischen Rates vom 19. und 20. März 1984 in Brüssel (Drucksache 10/1265)

zuständig: Auswärtiger Ausschuß (federführend)

Haushaltsausschuß

Unterrichtung durch das Europäische Parlament: Entschließung zum Stand der Konvergenz unter besonderer Würdigung der Interdependenz aller Politik (Drucksache 10/1266)

zuständig: Ausschuß für Wirtschaft

Unterrichtung durch das Europäische Parlament: Entschließung über die Förderung der europäischen Erfinder (Drucksache 10/1267)

zuständig: Ausschuß für Forschung und Technologie (federführend)

Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Die in Drucksache 10/873 unter Nr. 28 aufgeführte EG-Vorlage

Mitteilung der Kommission an den Rat: Gemeinschaftsprogramm zur Entwicklung des Fachinformationsmarktes in Europa und

Vorschlag für einen Beschluß des Rates über ein Gemeinschaftsprogramm zur Entwicklung des Fachinformationsmarktes in Europa

ist als Drucksache 10/1344 verteilt.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft hat mitgeteilt, daß der Ausschuß von einer Berichterstattung gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung über die nachstehenden Vorlagen absieht:

Berufsbildungsbericht 1982 (Drucksachen 9/1424, 10/358 Nr. 105)

Berufsbildungsbericht 1983 (Drucksache 10/334)

Die Vorsitzende des Ausschusses für Forschung und Technologie hat mitgeteilt, daß der Ausschuß von einer Berichterstattung gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung über die nachstehende Vorlage absieht:

Bericht der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung auf den Gebieten Datenverarbeitung, Informationstechniken (Drucksachen 9/1556, 9/1637, 10/358 Nr. 99)

(D)

- (A) Die Vorsitzende des Ausschusses für Forschung und Technologie hat mitgeteilt, daß der Ausschuß von einer Beratung der nachstehenden EG-Vorlage absieht:

Vorschlag für eine Europäische Strategie auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik

Rahmenprogramm 1984 bis 1987 (Drucksache 10/217)

Der Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen hat:

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 70/157/EWG über den zulässigen Geräuschpegel und die Auspuffvorrichtung von Kraftfahrzeugen (Drucksache 10/376 Nr. 76)

Vorschlag für einen Beschluß des Rates über den Abschluß eines Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Spanien über grenzüberschreitende Beförderungen im kombinierten Güterverkehr Schiene/Straße (Drucksache 10/1051 Nr. 17)

Der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen bzw. von einer Beratung abgesehen hat:

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 zur Einführung von Sondermaßnahmen für Raps- und Rübensamen und Sonnenblumenkerne (Drucksache 10/433 Nr. 4)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1784/77 über die Zertifizierung von Hopfen (Drucksache 10/433 Nr. 5)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung der Beihilfe an Hopfenerzeuger für die Ernte 1982 und

Bericht der Kommission an den Rat über den Stand der Erzeugung und Vermarktung des Hopfens der Ernte 1982 (Drucksache 10/433 Nr. 6)

(B)

Vorschlag einer Richtlinie des Rates betreffend das Gemeinschaftsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne der Richtlinie 75/268/EWG (Vereinigtes Königreich) (Drucksache 10/433 Nr. 7)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über eine Liste der Qualitätsschaumweine bestimmter Anbaugebiete in Italien, deren Herstellungsdauer weniger als neun Monate, aber nicht weniger als sechs Monate betragen darf (Drucksache 10/433 Nr. 8)

Bericht der Kommission an den Rat über die Modalitäten der Berechnung der Währungsausgleichsbeträge:

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 974/71 insbesondere hinsichtlich der Freimargenregelung und des schrittweisen Abbaus der Währungsausgleichsbeträge für bestimmte Agrar- und Verarbeitungserzeugnisse und

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 652/79 über die Auswirkungen des Europäischen Währungssystems im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2773/75 über die Berechnung der Abschöpfung und des Einschleusungspreises für Eier und

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2778/75 über die Berechnung der Abschöpfung und des Einschleusungspreises für Geflügelfleisch (Drucksache 10/673 Nr. 15)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1078/77 zur Einführung einer Prämienregelung für die Nichtvermarktung von Milch und Milcherzeugnissen und die Umstellung der Milchkuhbestände (Drucksache 10/728 Nr. 2)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 104/76 zur Festlegung gemeinsamer Vermarktungsnormen für Garnelen der Gattung Crangon (Drucksache 10/728 Nr. 3)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung des repräsentativen Marktpreises und des Schwellenpreises für Olivenöl sowie der gemäß Artikel 11 Absatz 5 und 6 der Verordnung Nr. 136/66/EWG vom Betrag der Verbrauchsbeihilfe einzubehaltenden Prozentsätze für das Wirtschaftsjahr 1983/84 (Drucksache 10/728 Nr. 4)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Bedingungen für den Fang von Makrelen (Drucksache 10/799 Nr. 4)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1311/80 und Nr. 1400/81 über die Lieferung von Magermilchpulver an bestimmte Entwicklungsländer und Spezialorganisationen im Rahmen der Nahrungsmittelhilfeprogramme und

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1313/80 und Nr. 1402/81 über die Lieferung von Milchfetten an bestimmte Entwicklungsländer und Spezialorganisationen im Rahmen der Nahrungsmittelhilfeprogramme (Drucksache 10/799 Nr. 5)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung des Richtsatzes für den Fettgehalt der nach Irland und dem Vereinigten Königreich eingeführten standardisierten Vollmilch für das Milchwirtschaftsjahr 1984/85 (Drucksache 10/873 Nr. 12)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 198/83 über die Fischerei in den der Hoheitsgewalt oder Gerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten unterstehenden Gewässern mit vorläufiger Geltungsdauer bis zur Festlegung der zulässigen Gesamtfangmengen und der Quoten für 1983 (Drucksache 10/873 Nr. 16)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 985/68 hinsichtlich der Einstufung von Butter und Rahm (Drucksache 10/873 Nr. 17)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festsetzung der Auslöschungspreise für Tafelwein für die Zeit vom 16. Dezember 1983 bis zum 31. August 1984 (Drucksache 10/873 Nr. 18)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Fischerei in der Hoheitsgewalt oder Gerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten unterstehenden Gewässern mit vorläufiger Geltungsdauer bis zur Festlegung der zulässigen Gesamtfangmengen und der Quoten für 1984 (Drucksache 10/873 Nr. 20)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung der vorläufig zulässigen Gesamtfangmenge und des für die Gemeinschaft vorläufig verfügbaren Anteils, der Aufteilung dieses Anteils auf die Mitgliedstaaten sowie der Fangbedingungen hinsichtlich der zulässigen Gesamtfangmengen für bestimmte Fischbestände oder Bestandsgruppen in der Fischereizone der Gemeinschaft für 1984 (Drucksache 10/873 Nr. 21)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung (EWG) Nr. 3310/75 über die Landwirtschaft des Großherzogtums Luxemburg (Drucksache 10/873 Nr. 22)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse (Drucksache 10/873 Nr. 13)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung Nr. 136/66/EWG über die gemeinsame Marktorganisation für Fette (Drucksache 10/873 Nr. 14)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Aufteilung der im Nahrungsmittelhilfeübereinkommen für die Zeit vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1986 vorgesehenen Getreidemengen (Drucksache 10/873 Nr. 15)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für einige Fischereierzeugnisse (1984) — KOM (83) 784 endg. — (Drucksache 10/929 Nr. 6)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über Übergangsmaßnahmen für die Heringsfischerei in der Nordsee mit vorläufiger Geltungsdauer bis zur Festlegung der zulässigen Gesamtfangmengen und der Quoten für 1984 — KOM (83) 799 endg. — (Drucksache 10/929 Nr. 7)

(C)

(D)

(A) Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von Maßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischbestände gegenüber Schiffen unter norwegischer Flagge für 1984 und

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Aufteilung bestimmter Fangquoten für in der Wirtschaftszone Norwegens und in der Fischereizone um Jan Mayen fischende Fischereifahrzeuge auf die Mitgliedstaaten (Drucksache 10/929 Nr. 8)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Verlängerung der Verordnung (EWG) Nr. 2692/83 zur Einführung einer Ausnahme von der Anwendung von Bestimmungen betreffend die Berichtigung der Frei-Grenze-Werte für bestimmte Käsesorten (Drucksache 10/929 Nr. 9)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Aufteilung der Fangquoten für in den Gewässern der Färöer fischende Fischereifahrzeuge auf die Mitgliedstaaten und

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Festlegung von Maßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischbestände für auf den Färöern registrierte Schiffe für 1984 — KOM (83) 791 endg. — (Drucksache 10/929 Nr. 10)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1430/82 des Rates über einschränkende Maßnahmen bei der Einfuhr von Hanf und Hanfsaaten und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 hinsichtlich Hanf — KOM (83) 790 endg. — (Drucksache 10/1005 Nr. 3)

Vorschläge der Kommission zur Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zu flankierenden Maßnahmen (1984/85) — KOM (84) 20 endg. — (Drucksache 10/1005 Nr. 4)

Bericht der Kommission an den Rat gemäß Artikel 18 der Ratsrichtlinie 80/217/EWG über Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest und Artikel 11 der Ratsrichtlinie 80/1095/EWG zur Festlegung der Bedingungen, unter denen das Gebiet der Gemeinschaft von klassischer Schweinepest freigemacht und freigehalten werden kann, und Artikel 8 der Ratsentscheidung 80/1096/EWG über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Ausmerzung der klassischen Schweinepest und

(B) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 80/217/EWG über Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest — KOM (83) 783 endg. — (Drucksache 10/1005 Nr. 5)

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinien 72/159/EWG, 72/160/EWG und 72/161/EWG auf dem Gebiet der Agrarstrukturen und

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Aussetzung der Investitionsbeihilfen in der Milchproduktion und

Vorschlag einer Entscheidung des Rates auf Änderung der Entscheidung 76/402/EWG betreffend die Höhe der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Italien und

Vorschlag einer Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 81/598/EWG über die Höhe der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung in Irland und

Vorschlag einer Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 82/438/EWG zur Ermächtigung bestimmter Mitgliedstaaten zur Anhebung der in der Richtlinie 72/159/EWG über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Zinsvergütung — KOM (83) 746 endg. — (Drucksache 10/1005 Nr. 6)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Bewirtschaftung und Kontrolle bestimmter Fangquoten für 1984 für Fischereifahrzeuge unter der Flagge eines Mitgliedstaats, die im Regelungsbereich des NAFO-Übereinkommens fischen — KOM (84) 31 endg. — (Drucksache 10/1051 Nr. 7)

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 66/403/EWG über den Verkehr mit Pflanzkartoffeln und

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 81/956/EWG über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugten Pflanzkartoffeln — KOM (83) 792 endg. — (Drucksache 10/1051 Nr. 8)

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch — KOM (83) endg. — (Drucksache 10/1051 Nr. 9)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Verlängerung der Verordnung (EWG) Nr. 2692/83 zur Einführung einer Ausnahme von der Anwendung von Bestimmungen betreffend die Berichtigung der Frei-Grenze-Werte für bestimmte Käsesorten — KOM (84) 25 endg. — (Drucksache 10/1051 Nr. 10)

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Aufteilung der Fangquoten für die in den kanadischen Gewässern fischenden Fischereifahrzeuge auf die Mitgliedstaaten — KOM (84) 14 endg. — (Drucksache 10/1051 Nr. 11)

Der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehende EG-Vorlage für erledigt erklärt hat:

Gemeinsame Agrarpolitik: Vorschläge der Kommission (Drucksache 10/376 Nr. 70)

Anlage 3

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Rawe auf die Frage des Abgeordneten Nelle (CDU/CSU) (Drucksache 10/1367 Frage 8):

Beabsichtigt die Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß bei den Nahbereichen im Fernsprechnetz zukünftig gewährleistet ist, daß von allen Ortsteilen einer Stadt in gleicher Weise die zuständige Kreisstadt mit dem Fernsprechnahnetzt erreichbar ist, und wie weit sind die Bemühungen gediehen, hierbei besonders für den Raum Wittingen für eine Gebührengerechtigkeit Sorge zu tragen?

Der vielfach vorgetragene Wunsch einer Ausweitung der Fernsprechnahbereiche, um bestimmte Verkehrsbeziehungen — z. B. die zum Ortsnetz der zuständigen Kreisstadt — zu realisieren, ist der Bundesregierung bekannt.

Die Deutsche Bundespost hat sich deshalb während und nach der bundesweiten Einführung des neuen Tarifsystems Nahdienst intensiv mit den gewonnenen Erfahrungen befaßt. Sie ist dabei zu Erkenntnissen gelangt, die in einem Erfahrungsbericht für den Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost zusammengefaßt wurden.

Dieser Erfahrungsbericht, der auch verschiedene Alternativen zur angesprochenen Weiterentwicklung enthält, ist u. a. auch dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, dem Bundestagsausschuß für das Post- und Fernmeldewesen und den kommunalen Spitzenverbänden übersandt worden.

Der vorgenannte Bundestagsausschuß hat diesen Bericht zum Anlaß genommen, die Deutsche Bundespost zu bitten, weitere Variationsmodelle zu untersuchen. Da das Ergebnis dieser zusätzlichen Untersuchungen erst kurz vor der Sommerpause vorliegen wird, können auch die Nahbereichsprobleme des Raumes Wittingen noch nicht abschließend erörtert werden.

(A) Anlage 4

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Würzbach auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Hupka** (CDU/CSU) (Drucksache 10/1367 Frage 27):

Kann die Bundesregierung Nachrichten bestätigen, denen zufolge die DDR militärische Berater nach Kambodscha entsandt und Waffen den Vietnamesen für den Kampf gegen die Freiheitskämpfer geliefert hat?

Der Bundesregierung liegen Hinweise über die Anwesenheit von DDR-Personal in KAMBODSCHA in nicht bekannter Stärke vor. Über den Status der DDR-Experten liegen keine exakten Informationen vor.

1980, 1981 und 1982 wurden eine größere Anzahl von — auch militärisch nutzbaren — Lkw und eine unbestimmte Anzahl leichter Waffen über den Hafen von KOMPONG SOM geliefert. Dort sollen auch ab Mitte 1983 — letztmalig im Februar 1984 — durch DDR-Handelsschiffe mehrfach Panzerfahrzeuge, Artillerieteile, leichte Waffen und Fernmeldematerial gelöscht worden sein; über Herkunft und Empfänger liegen jedoch keine Erkenntnisse vor.

Über Waffenlieferungen aus eigener Fertigung der DDR an die Vietnamesen liegen der Bundesregierung keine nachweisbaren Erkenntnisse vor.

(B)

Anlage 5

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Würzbach auf die Frage des Abgeordneten **Lowack** (CDU/CSU) (Drucksache 10/1367 Frage 30):

Über wieviel einsetzbare atomare Sprengköpfe verfügt die Sowjetunion bei Abschluß des Vertrages über Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968, und über wieviel Sprengköpfe verfügt sie heute?

Bei Abschluß des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 verfügte die Sowjetunion über rund 2 500 nukleare Sprengköpfe. Aus dem Weißbuch 1983 „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ ergibt sich für den Oktober 1983 die Zahl von etwa 12 000 nuklearen Gefechtsköpfen.

Beide genannten Zahlen lassen die etwa in Depots eingelagerte Nuklearmunition, zum Beispiel für die Artillerie, wie auch mögliche Bestände zum Nachladen der verschiedenen Systeme unberücksichtigt. Auch hat sich die Sowjetunion bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit gefunden, auf die anhaltende Produktion und Stationierung von SS 20-, SS 21- und SS 22-Systemen zu verzichten.

Anlage 6

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Spranger auf die Frage des Abgeordneten **Stiegler** (SPD) (Drucksache 10/1367 Frage 37):

Wie hat sich der Antragsstau bei den Sportfördermitteln des Bundes im Zonenrandgebiet in den Zonenrandländern seit 1980 entwickelt und was wird die Bundesregierung unternehmen, um diesen Antragsstau abzubauen?

Im Freistaat Bayern lagen jeweils zum Jahresende nicht berücksichtigte Anträge zur Förderung des Baues von Sportstätten im Zonenrandgebiet in Höhe von

1980	53,2 Millionen DM
1981	39,6 Millionen DM
1982	47,5 Millionen DM
1983	19,0 Millionen DM

vor. Bis Ende 1984 wird der Antragsstau voraussichtlich weiter abgebaut werden können.

In den Ländern mit Zonenrandgebiet Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein bestand ein nennenswerter Antragsstau nicht.

Anlage 7

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Spranger auf die Frage des Abgeordneten **Antretter** (SPD) (Drucksache 10/1367 Frage 38):

Wie vereinbart die Bundesregierung die Mitteilung des Bundeskanzlers im Europäischen Rat an seine Partner, das Problem des Abbaus der Grenzkontrollen müsse unter „anderen wichtigen Themen“ dringend in Angriff genommen und bald gelöst werden, mit den Verlautbarungen aus dem Bundesinnenministerium, insbesondere durch den Parlamentarischen Staatssekretär Spranger, Grenzkontrollen auch an den Binnengrenzen seien noch für absehbare Zeit unentbehrlich?

Die Bundesregierung sieht hierin keinen Widerspruch. Der Abbau von Grenzkontrollen ist ein wichtiges Ziel der europäischen Integration. Dem entsprechend hat der Bundeskanzler die beteiligten Ressorts gebeten, die Möglichkeiten zur Erleichterung des Verkehrs in Europa zu prüfen.

Beim gegenwärtigen Stand der Einigung Europas ist die Kontrolle des Personenverkehrs im Interesse der Bürger allerdings zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Wahrung der inneren Sicherheit, Verhinderung eines unkontrollierten Ausländerzuzugs und zum Schutze der Wirtschaft vor Wettbewerbsverzerrungen notwendig.

Grenzkontrollen werden dann entbehrlich, wenn das dadurch entstehende Sicherheitsdefizit durch Verstärkung der Personenkontrollen an den EG-Außengrenzen sowie durch eine engere Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten in Fragen der inneren Sicherheit und der Ausländerpolitik ausgeglichen und die Steuern harmonisiert sind.

(C)

(D)